

PB Versicherungen

Partner der



PB Pensionsfonds AG auf einen Blick.

	2012	2011	+/- %
TEUR			
gebuchte Bruttobeiträge	28.892	25.282	14,3
Neugeschäftsbeiträge (APE-Basis) ¹⁾	2.175	2.113	2,9
Bruttoszahlungen für Versicherungsfälle	636	772	-17,6
pensionsfondstechnische Nettorückstellungen ²⁾	180.794	145.626	24,1
Kapitalanlagen ³⁾	187.134	150.330	24,5

1) Annual Premium Equivalent (laufende Neugeschäftsbeiträge + 1/10 der Neugeschäfts-Einmalbeiträge)

2) einschließlich Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

3) einschließlich Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Inhalt.

4	Verwaltungsorgane der Gesellschaft
4	Aufsichtsrat
5	Vorstand
6	Lagebericht
6	Geschäft und Rahmenbedingungen
11	Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage
13	Nachtragsbericht
13	Risikobericht
17	Prognosebericht
22	Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen (Anlage 1 zum Lagebericht)
24	Betriebene Arten von Pensionsplänen (Anlage 2 zum Lagebericht)
25	Jahresabschluss
26	Bilanz zum 31. Dezember 2012
28	Gewinn- und Verlustrechnung
30	Anhang
40	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
41	Überschussbeteiligung
42	Bericht des Aufsichtsrats

Verwaltungsorgane der Gesellschaft.

Aufsichtsrat

Stephan Spital

Vorsitzender

Vorsitzender der Vorstände

der PB Lebensversicherung AG und der PB Versicherung AG

Burscheid

Ralf Stemmer

stellv. Vorsitzender

Mitglied des Vorstands

der Deutsche Postbank AG

Königswinter

Jürgen Gausepohl

Bereichsleiter Produktmanagement Anlage und Vorsorge

der Deutsche Postbank AG

Bonn

Barbara Riebeling

Mitglied des Vorstands

der Talanx Deutschland AG

Köln

Ulrich Rosenbaum

Mitglied des Vorstands

der Talanx Deutschland AG

Brühl

Reinhard W. Haas

Mitglied des Vorstands

der Postbank Finanzberatung AG

Meerbusch

(bis 5.1.2013)

Vorstand

Silke Fuchs

Hilden

Im Vorstand der PB Pensionsfonds AG verantwortlich für

- Vertriebsberatung
- Marketingunterstützung
- Kundenservice
- Controlling
- Rechnungswesen
- Geldwäschebekämpfung
- Compliance
- Revision
- Datenschutz
- IT (Anforderungen)
- Risikomanagement

Fabian von Löbbbecke

Hilden

Im Vorstand der PB Pensionsfonds AG verantwortlich für

- Mathematik
- aktuarielle bAV-Beratung
- Vermögensanlage und -verwaltung
- Risikomanagement

Lagebericht.

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit, Organisation und Struktur

Unternehmenspolitischer Hintergrund

Im Jahr 1998 gründete die Talanx AG gemeinsam mit der Postbank die PB Lebensversicherung AG und die PB Versicherung AG, die seitdem unter der Marke „PB Versicherungen“ am Markt agieren.

Im Juli 2007 erwarb die Talanx AG die noch ausstehenden 50 % an der PB Lebensversicherung AG und der PB Versicherung AG. Außerdem übernahm sie die PBV Lebensversicherung AG (ehemals BHW Lebensversicherung AG) und die PB Pensionskasse AG (ehemals BHW Pensionskasse AG) von der Deutschen Postbank.

Die PBV Lebensversicherung AG wurde am 4.10.2011 rückwirkend zum 1.1.2011 auf die PB Lebensversicherung AG verschmolzen.

Mit diesem Schritt wurde die Komplexität der Geschäftsstrukturen reduziert und ein einheitlicher Auftritt gegenüber dem Kunden ermöglicht.

Die PB Pensionsfonds AG ist Teil des Talanx Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland. Innerhalb des Geschäftsbereichs ist sie dem Ressort Bancassurance zuzuordnen. Dort werden die inländischen Bankkooperationen des Talanx-Konzerns gebündelt.

Zusammen mit der PB Lebensversicherung AG, der PB Versicherung AG und der PB Pensionskasse AG bildet die PB Pensionsfonds AG die „PB Versicherungen, Partner der Postbank“. Sitz der Gesellschaft ist Hilden.

Partnerschaft und Vertriebspartner

Die PB Pensionsfonds AG bietet eine flexible und renditestarke Möglichkeit zur Umsetzung der betrieblichen Altersvorsorge (bAV). Mit maßgeschneiderten Produkten werden Arbeitgeber dabei unterstützt, den Rechtsanspruch aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf betriebliche Altersvorsorge umzusetzen. Dabei bietet die PB Pensionsfonds AG auch in unruhigen Börsenzeiten die erforderliche Sicherheit, da die versicherungsförmigen Risiken vollständig auf die PB Lebensversicherung AG übertragen werden. Hiervon profitieren insbesondere die rund 160 000 Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer des Konzerns Deutsche Post DHL (ohne Beamte). Ihnen wird exklusiv ein kostengünstiges Produkt, die Konzern Vorsorge-Rente (KVR), angeboten.

Vertriebswege

Die PB Pensionsfonds AG stützt sich vorwiegend auf konzernerneigene Vertriebswege:

- Die Beratung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns Deutsche Post DHL erfolgte überwiegend durch die Key Account Manager der PB Lebensversicherung AG.
- Auch im Geschäfts- und Firmenkundenbereich der Postbank wird die bAV über die PB Pensionsfonds AG aktiv angeboten.

Dienstleistungen im Konzernverbund

Die Einbindung der PB Pensionsfonds AG in eine große Versicherungsgruppe ermöglicht die gemeinsame Nutzung gesellschaftsübergreifend organisierter Funktionen und damit die sinnvolle Nutzung von Synergien und Ressourcen. Hierdurch können die Kostenvorteile einer einheitlichen Bearbeitung im Konzern genutzt und bessere Konditionen bei Lieferanten erreicht werden.

Wesentliche Dienstleistungen übergreifend tätiger Funktionsbereiche, wie z. B. Rechnungswesen, In- / Exkasso und Personal werden unter anderem über die Talanx Service AG und die HDI Kundenservice AG zentral für alle Inlandsgesellschaften des Talanx-Konzerns erbracht, also auch für die PB Pensionsfonds AG. Darüber hinaus nutzt die PB Pensionsfonds AG die zentralen Dienstleistungen der Talanx Systeme AG, die die IT-Dienstleistungen im Konzern betreibt, sowie die Talanx Asset Management GmbH, die ab 2013 für die Vermögensverwaltung der Gesellschaft zuständig sein wird.

Die Talanx Deutschland Bancassurance Kundenservice GmbH fungiert am Standort Hilden als Dienstleistungsunternehmen für die PB Versicherungen und ebenfalls auch für die TARGO Versicherungen, Partner der TARGOBANK AG & Co. KGaA und die Credit Life-Versicherungen, ebenfalls Unternehmen im Talanx-Konzern. Sie ist unter anderem in den Bereichen Kundenservice und Bestandsverwaltung tätig. Lediglich die Funktionen Marketing und Vertriebsunterstützung, Unternehmensmanagement sowie die Vertriebsorganisationen arbeiten eigenständig und sind gänzlich an der Marke des jeweiligen Partners (Postbank bzw. TARGOBANK) ausgerichtet.

Ebenfalls am Standort Hilden ist die Talanx Deutschland Bancassurance Communication Center GmbH ansässig, die schwerpunktmäßig Callcenter-Dienstleistungen erbringt.

Themen des Berichtsjahres

Nichtversicherungsförmiger Pensionsplan

Neben der bisher bereits vom Pensionsfonds angebotenen versicherungsförmigen Übernahme von Versorgungszusagen wurde im Jahr 2012 ein neuer nichtversicherungsförmiger Pensionsplan aufgelegt. Damit gelang der Gesellschaft im Dezember des Jahres der erfolgreiche Einstieg in dieses lukrative Geschäftsfeld. Erstmals wird nun ein Produkt der Gesellschaft über alle Vertriebswege des Konzerns TD angeboten.

Partnerspezifische Betreuung der Mitarbeiter der Deutschen Post DHL und der Deutschen Postbank AG

Der bereits in 2010 begonnene Ausbau der flächendeckenden Betreuung wurde durch die Zertifizierung weiterer Key Account Manager der PB Lebensversicherung sowie von Vertriebsmanagern der Postbank als regionale KVR-Beauftragte weiterverfolgt. Insgesamt stehen somit bundesweit 80 zertifizierte und qualifizierte Berater für die Mitarbeiterberatung zur Verfügung.

Neben der Optimierung der Betreuung wurde in Abstimmung mit der Deutschen Post DHL und der Deutschen Postbank AG in mehreren Bereichen eine systematisierte Mitarbeiterinformation und -betreuung durchgeführt. Darüber hinaus wurden bei einzelnen Post-Töchtern begleitende Maßnahmen – wie z. B. die erste VL-Öffnung und der erste Arbeitgeber-Zuschuss für die Konzern Vorsorge-Rente – umgesetzt. Im Bereich der Postbank wurde über eine temporär begrenzte Anschubfinanzierung ein weiterer Anreiz für die Entgeltumwandlung geschaffen.

Integration der Bancassurance IT-Einheiten in die Talanx Systeme AG

Mitte 2012 erfolgte der Übergang der Bancassurance IT-Einheiten in die Talanx Systeme AG. Damit wurde die in zwei Stufen geplante Umstellung erfolgreich abgeschlossen: In der ersten Stufe im Juni 2011 wurde die IT von Sach, Leben und Talanx Investments zusammengeführt und in der Talanx Systeme AG gebündelt. Im Juli 2012, in der zweiten Stufe, wurden die IT-Einheiten der neuen Lebensversicherung AG und der Talanx Deutschland Bancassurance Kundenservice GmbH integriert.

Mit der Umstrukturierung konnte ein weiterer wichtiger Meilenstein für die Neuausrichtung der IT im Talanx-Konzern erreicht werden. Derzeit finden durch das Anfang 2012 gestartete Talanx IT-Optimierungsprogramm weitere Maßnahmen zur nachhaltigen Verbesserung der IT statt. Das Programm hat als Ziel, die IT-Kosten des Konzerns zu senken und gleichzeitig eine weitere Qualitätssteigerung zu erreichen.

Dank des Vorstands

Die Ergebnisse des vergangenen Geschäftsjahres sind wesentlich auf die Kompetenz und das außerordentliche Engagement der zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Für ihren Einsatz und ihre Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung für unsere Gesellschaft bedankt sich die Geschäftsleitung bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Dank gebührt auch dem Betriebsrat für die stets konstruktive und faire Zusammenarbeit.

Märkte und wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Volkswirtschaftliche Entwicklung

Das beherrschende und die weltweite konjunkturelle Entwicklung prägende Thema im Berichtsjahr war ein weiteres Mal die Staatsschuldenkrise in Europa. Aber auch auf globaler Ebene hat sich das Konjunkturmilieu 2012 überwiegend als fragil erwiesen, wobei sich die Aussichten zum Jahresende etwas verbessert haben, wenn auch regional begrenzt. So hat die Erholung in den USA in der zweiten Jahreshälfte an Fahrt gewonnen, wovon insbesondere die Schwellenländer profitieren konnten, allen voran China. Hingegen blieb die konjunkturelle Lage in der Eurozone schwierig. Ausdruck dieser diffizilen Lage im Euroraum sind gleichfalls die im Jahresverlauf zahlreich getroffenen, mitunter einschneidenden Maßnahmen: Im Frühjahr 2012 platzierte die EZB ihren zweiten Drei-Jahres-Tender, und die privaten Gläubiger Griechenlands verzichteten auf einen Teil ihrer Forderungen. Beim EU-Gipfel Ende Juni 2012 wurde als Reaktion auf die Krise des spanischen Bankensektors beschlossen, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zukünftig Banken direkt unterstützen soll. Im September gab die EZB Details zu ihrem neuen Anleihekaufprogramm bekannt. Damit kann sie im Bedarfsfall unbegrenzt Staatsanleihen von Krisenländern kaufen. Im November einigten sich die Eurozone und der Internationale Währungsfonds (IWF) auf ein weiteres Rettungspaket für Griechenland und die EU-Finanzminister verständigten sich auf die EZB als künftigen obersten Aufseher der Banken im Euroraum.

De facto glitt die Wirtschaft der Eurozone 2012 in die Rezession ab: Sie verzeichnete nach einem gegenüber dem Vorquartal stagnierenden ersten Quartal im weiteren Verlauf leichte Rückgänge. Die deutsche Wirtschaft wuchs im ersten Quartal 2012 noch überraschend stark um 0,5 % zum Vorquartal, konnte in den Folgequartalen aber nur noch moderat zulegen. Nach zuletzt sechs Rückgängen des Ifo-Index (im Oktober 2012 mit dem niedrigsten Niveau seit Februar 2010) konnte dieser vielbeachtete Konjunkturindikator im Dezember wieder mit einem Stand von 102,4 positiv überraschen. Die Arbeitslosenquote im Euroraum erreichte im November ein neues Re-

kordhoch von 11,8 %, dabei hat allein Spanien mit einer Arbeitslosenquote von über 25 % zu kämpfen.

Haupttriebfeder der globalen Wirtschaft waren einmal mehr die Vereinigten Staaten. Während sich das US-Wachstum zunächst von annualisierten 2,0 % im ersten Quartal auf 1,3 % im zweiten Quartal abschwächte, konnte die US-Wirtschaft im dritten Quartal mit 3,1 % bereits wieder zulegen. Die Arbeitslosenquote fiel auf ein Vierjahrestief von 7,8 %, und die Daten für den Häusermarkt zeigten im Jahresverlauf eine stetige Erholung. Für das Vereinigte Königreich zeichnete sich ein ähnlich rezessives Bild wie in der Eurozone ab. So schrumpfte hier die Wirtschaft im ersten Quartal 2012 um 0,2 % zum Vorquartal und im zweiten Quartal 2012 sogar noch stärker. Im dritten Quartal kam der Sondereffekt der Olympischen Sommerspiele in London zum Tragen, der zu einem Zuwachs von 0,9 % führte. Auf Jahressicht dürfte die Wirtschaft in Großbritannien dennoch leicht schrumpfen.

Die Geldpolitik der großen Zentralbanken blieb im Jahresverlauf unverändert äußerst expansiv. Im Euroraum reduzierte die EZB im Juli den Leitzins von 1,0 % auf 0,75 %. Die EZB kündigte an, den Euro in jedem Fall zu stützen. In den USA weitete die Fed ihr Programm der „quantitativen Lockerung“ aus und überraschte mit ihrem Vorhaben, an ihrer Nullzinspolitik festzuhalten, bis die Arbeitslosenquote wieder bei 6,5 % liegt. In Großbritannien erhöhte die Bank of England ihr Programm zum Kauf von Wertpapieren im dritten Quartal auf nunmehr 375 Mrd. GBP.

Die Inflationsraten in der Eurozone lagen im Jahresverlauf durchweg über dem Zielband der EZB, fielen im November aber wieder auf 2,2 %. Während in den USA die Inflationsraten im ersten Quartal 2012 noch bei knapp 3 % lagen, beliefen sie sich im vierten Quartal 2012 auf nur noch 1,8 %. Auch im Vereinigten Königreich schwächte sich die Inflation im Jahresverlauf von rund 3,5 % auf zuletzt 2,7 % ab.

Während der Euro gegenüber dem US-Dollar im ersten Halbjahr 2012 im Zuge der anhaltenden Euroschuldenkrise von rund 1,35 USD je EUR auf 1,21 USD je EUR deutlich abwertete, konnte er im weiteren Verlauf speziell dank des Euro-Stützungsversprechens der EZB wieder zulegen. Er notierte im Schlussquartal auf einem Niveau von 1,32 USD je EUR.

Kapitalmärkte

Auch an den Rentenmärkten beherrschten im Berichtsjahr die Euroschuldenkrise und die Liquiditäts- bzw. Refinanzierungssituation im Bankensektor die Marktentwicklung. Das Jahr startete mit einer risikofreudigen Einstellung der Marktteilnehmer, obwohl nachhaltige

Fortschritte bei der Lösung der Krise nicht in Sicht waren. Die Diskussion um den Schuldenschnitt in Griechenland war bis zu seiner Umsetzung Anfang März ein ständiger Belastungsfaktor. Trotzdem sorgten die beiden Drei-Jahres-Tender der EZB zumindest unter Liquiditätsgesichtspunkten für eine Marktberuhigung.

Zu Jahresbeginn setzte eine sehr aktive Neuemissionstätigkeit über verschiedene Assetklassen ein. Aufgrund der alternativen Funding-Möglichkeiten über die EZB war es nicht verwunderlich, dass der Anteil an Finanzanleihen deutlich geringer war als in den letzten Jahren. Den insgesamt größten Anteil hatten Staatsanleihen, wobei Spanien und Italien im ersten Quartal (insbesondere im Januar) die Treiber waren.

Im zweiten Quartal fokussierten sich die Investoren auf die ungelösten Probleme der Eurozone und das schwache makroökonomische Umfeld und positionierten sich wieder deutlich risikoaverser. Der Neuemissionsmarkt zeigte über weite Strecken nur noch eine sehr geringe Aktivität, und die Rentenmärkte waren wieder deutlich volatil. Risikoaufschläge weiteten sich in der Breite aus und Renditen für Bundesanleihen gaben stark nach. Zehnjährige Bundesanleihen markierten Ende Mai mit ca. 1,13 % neue historische Tiefstände.

Trotz der Sorge um eine erneute Krisenverschärfung kristallisierte sich im dritten Quartal insgesamt eine spreadfreundliche Nachrichtenslage heraus. Im Juli noch zögerlich und volatil, setzte ab August ein relativ stabiler Trend in der Spreadeinengung an den Kreditmärkten ein. Insbesondere die klare Positionierung der EZB mit der Ankündigung weiterer Anleihekäufe war der Ausgangspunkt für eine positive Entwicklung. In diesem Umfeld herrschte bei den Corporate-Financial- und Covered-Bond-Emittenten ein reges Refinanzierungsinteresse, das bei Investoren auf ein hohes Anlageinteresse stieß. Auf einen emissionsseitig überdurchschnittlich aktiven August folgte ein nochmals deutlich aktiverer September. Insbesondere in Spanien und Italien war das Funding-Interesse hoch. Das Ratingumfeld blieb insgesamt unter Druck: Im dritten Quartal gab es in der Eurozone bei diversen Banken und Staaten (Spanien, Italien, Slowenien, Zypern) eine Reihe von Downgrades.

Im vierten Quartal setzte sich die positive Entwicklung fort. Trotz vieler ungelöster Probleme – wie die Bankenrettung in Spanien, der Anleiherückkauf Griechenlands, schleppende Reformen in Frankreich, Diskussionen zur Fiskalklippe in den USA –, anstehender politischer Entscheidungen wie die Wahl in Italien im Februar 2013 sowie weiterer negativer Nachrichten (Downgrade Frankreichs auf AA+ und des EFSF auf Aa1) zeigten die Rentenmärkte insgesamt eine sehr stabile Entwicklung. Zum Ende des Jahres notierten deut-

sche Staatsanleihen bis zu einer Restlaufzeit von drei Jahren mit leicht negativen Renditen. Zweijährige Bundesanleihen notierten Ende Dezember bei -0,02 %, fünfjährige bei 0,29 % und zehnjährige Bundesanleihen zeigten eine Rendite von 1,29 %.

Nach den starken, im Wesentlichen liquiditätsgetriebenen Kursgewinnen an den Aktienmärkten im ersten Quartal kamen die Aktienmärkte im zweiten Quartal stark unter Druck. Politische Maßnahmen wie sinkende Leitzinsen im Euroraum und in China, die Pläne der EZB, erneut Staatsanleihen zu kaufen, und weitere quantitative Lockerungen durch die Fed sorgten im dritten Quartal jedoch wieder für steigende Kurse. Robuste US-Konjunkturdaten und eine Erholung der Frühindikatoren in Deutschland und China verhalfen im vierten Quartal den europäischen Märkten zu weiteren Kursgewinnen. Die drohende Fiskalklippe in den USA, die automatische Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen vorsieht, dämpfte die Entwicklung am US-Aktienmarkt im Schlussquartal. Auf Jahressicht konnte der DAX einen fulminanten Zuwachs von +29 % verbuchen, auch die Entwicklung des EURO STOXX 50 war mit +14 % beachtlich. Der Dow Jones konnte im Vergleich zum Jahresbeginn gut 7 % zulegen.

Deutsche Versicherungswirtschaft

Die Ausführungen zu den Versicherungsmärkten stützen sich insbesondere auf Veröffentlichungen des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV).

Die deutsche Versicherungswirtschaft hat 2012 in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld agiert. Es war von der im fünften Jahr andauernden Finanz- und Staatsschuldenkrise geprägt, die das wirtschaftliche Umfeld in Europa schwächt. Darüber hinaus stellte die anhaltende Niedrigzinsphase eine Belastungsprobe für die Branche dar – insbesondere für die Lebensversicherer. Dank langfristig orientierter Kapitalanlagestrategie, breit diversifiziertem Anlagespektrum mit geringem Engagement in den Krisenstaaten und ausgeklügeltem Risikomanagement konnten negative Auswirkungen auf das eigene Geschäft und für die Kunden vermindert werden. Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen hat sich die Geschäftsentwicklung in der deutschen Versicherungswirtschaft im Berichtsjahr insgesamt stabil gezeigt. Spartenübergreifend war eine leichte Zunahme der Beitragseinnahmen zu verzeichnen, die auf ihr bisher höchstes Niveau seit 1990 gestiegen sind. In der Schaden- und Unfallversicherung fiel das Wachstum so kräftig aus wie zuletzt 1994, und in der Lebensversicherung gab es im Geschäft gegen laufenden Beitrag seit Ausbruch der Krise zum zweiten Mal in Folge ein moderates Wachstum.

Entwicklung des Pensionsfondsmarktes

Nach wie vor spielen Lebensversicherungsverträge auch in der betrieblichen Altersversorgung eine bedeutende Rolle.

Der Neuzugang belief sich den vorläufigen Zahlen des GDV zur Folge auf rund 117.750 Stück und erreichte damit einen Zuwachs von 246,0 %. Die laufenden Neugeschäftsbeiträge blieben mit 10,2 Mio. EUR weitgehend auf Vorjahresniveau während die Einmalbeiträge um 61,5 % auf 259,8 Mio. EUR nachgaben. Die Beitragssumme des Neugeschäfts sank um 46,0 % auf 507,4 Mio. EUR.

Aus einem Bestand von 0,46 Mio. Verträgen wurden laufende Jahresbeiträge in Höhe von 128,5 Mio. EUR erzielt.

Rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Weltweit ist eine Tendenz zur Verschärfung der Regulierung und Aufsicht über Banken und Versicherungsunternehmen – auch im Rahmen von Stresstests – und zu erhöhten Anforderungen an deren Kapitalausstattung zu beobachten. Besonders im Fokus steht dabei die sogenannte Systemrelevanz: Unternehmen, deren Zusammenbruch unabsehbare Folgen für die gesamte Finanz- und Versicherungswirtschaft hätte und die in diesem Sinne systemrelevant sind, müssen zukünftig mit erheblich höheren aufsichtsrechtlichen Anforderungen rechnen, insbesondere im Hinblick auf ihre Kapitalausstattung. Dies entspricht einem jedenfalls auf Banken bezogenen Beschluss, den die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20) am 4.11.2011 in Cannes im Hinblick auf 29 namentlich benannte Banken gefasst hat. Für die Versicherungswirtschaft ist die International Association of Insurance Supervisors (IAIS) beauftragt worden zu prüfen, ob – entgegen den Einschätzungen der Versicherungswirtschaft – auch (reine) Versicherungsunternehmen als global systemrelevant einzustufen sind, insoweit Prüfkriterien zu entwickeln und gegebenenfalls global systemrelevante Versicherungsunternehmen zu identifizieren. In diesen Prüfprozess ist auch der Talanx-Konzern eingebunden, der nach Auffassung des Verwaltungsgerichts Frankfurt allerdings ausdrücklich nicht als im oben beschriebenen Sinn systemrelevant einzustufen ist. Resultate werden im aktuellen Jahr erwartet. Weitere gegenwärtig diskutierte Reformvorschläge betreffen beispielsweise die Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union.

In jüngerer Vergangenheit haben sich zudem grundlegende Änderungen in der Struktur der Aufsichtsorgane ergeben, insbesondere auf EU-Ebene. Zum 1.1.2011 ist an die Stelle des bisherigen Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (CEIOPS) die neue European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) mit Sitz in Frankfurt getreten, deren Hauptaufgabe in der Entwicklung und Ausarbeitung von technischen Standards, Empfehlungen und Leitlinien zur Koordination der nationalen Aufsichtsbehörden besteht. EIOPA kann zwar grundsätzlich keine Anordnungen gegenüber deutschen Versicherungsunternehmen treffen; sie kann aber Leitlinien zur einheitlichen Auslegung und Anwendung der europäischen aufsichtsrechtlichen Solvency-II-Vorschriften veröffentlichen. Diese – eigentlich nur eine Behördenansicht dokumentierenden Dokumente – haben durch einen sogenannten Comply-or-explain-Mechanismus erhebliche Bedeutung für die nationale behördliche Verwaltungspraxis, so auch die der BaFin. Innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung einer derartigen EIOPA-Leitlinie haben die nationalen europäischen Aufsichtsbehörden

entweder im Verhältnis zur EIOPA zu bestätigen, dass sie sich in ihrer Verwaltungspraxis die Auffassung der EIOPA zu eigen machen, oder sie müssen ein abweichendes Vorgehen begründen. In Ausnahmefällen kann die EIOPA außerdem Anweisungen gegenüber den nationalen Behörden erteilen und bei deren Nichtbefolgung unmittelbar selbst durch verbindliche Entscheidungen gegenüber Versicherungsunternehmen tätig werden. Des Weiteren wird die EIOPA nach dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU eine zentrale Rolle im Verordnungsgebungsprozess zur Konkretisierung der noch nicht in Kraft getretenen Solvency-II-Richtlinie einnehmen. Ohne Zweifel wird die Tätigkeit von EIOPA jedenfalls von großer praktischer Bedeutung für deutsche Versicherungsunternehmen sein und führt bereits in der aktuellen Vorbereitungsphase branchenweit zu einem ganz erheblichen, teilweise kaum noch überschaubaren Anstieg der zu beachtenden aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen. Allein der Umfang bisheriger EIOPA-Entwurfstexte, die zukünftig über den eigentlichen gesetzlichen Rahmen hinaus faktisch zu beachten sind, beläuft sich auf mehr als 1.000 Seiten.

Die Solvency-II-Richtlinie wird überdies seit geraumer Zeit durch die sogenannte Omnibusrichtlinie überarbeitet. Sie steht, genau wie ihre Konkretisierung durch europäische Durchführungsrechtsakte und Umsetzungsrechtsakte der EU-Mitgliedsstaaten, noch nicht bis ins letzte Detail fest, wird jedoch zu einer weitreichenden Harmonisierung des Aufsichtsrechts in der EU führen. Die bereits in der Richtlinie angelegte Verschärfung der quantitativen und qualitativen Aufsicht und der Transparenzanforderungen – insbesondere durch strengere Kapitalvorgaben und Anforderungen für unternehmensinterne Risikokontrollsysteme sowie für Berichts- und Dokumentationsprozesse – wird vom deutschen Gesetzgeber in einem aktuellen Entwurf zur Anpassung des VAG aufgegriffen. Das Rahmengerüst von Solvency II gliedert sich grob in drei Säulen: Säule 1 zum quantitativen Risikomanagement, Säule 2 zum qualitativen Risikomanagement und rechtlichen Vorgaben zu der insoweit gebotenen Unternehmensorganisation, Säule 3 zu Berichtspflichten. Die für Lebensversicherer geplanten Regelungen zu Solvency II werden auch auf Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge ausstrahlen.

Das gesetzgeberische Verfahren zur Finalisierung der Omnibusrichtlinie ist im Berichtsjahr auf EU-Ebene ins Stocken geraten; der sogenannte europäische Trilog-Prozess zur endgültigen Verabschiedung der Richtlinie konnte im Jahr 2012 nicht wie geplant zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Hieraus ergeben sich, jedenfalls mit Blick auf das quantitative Risikomanagement, erhebliche Unsicherheiten für den Zeitpunkt des Inkrafttretens und auch erhebliche Unsicherheiten für wichtige inhaltliche Detailfragen.

BGH-Urteil

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat im Jahr 2012 entschieden, dass die allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) der Tarifgenerationen 2001 bis 2007 in Hinblick auf die Berechnung der Rückkaufwerte und der beitragsfreien Leistungen unwirksam sind, sofern das darin vorgesehene Verfahren zur Abschlusskostenverrechnung (Zillmerung) zu unverhältnismäßig geringen Werten führt. Darüber hinaus hat der BGH neue Vorgaben für die wirksame Vereinbarung von Stornoabschlüssen aufgestellt. Diese neue Rechtsprechung macht für die betroffenen Bestände bei bereits zurückgekauften Verträgen eine Nachregulierung notwendig. Ebenso ist die zukünftige Regulierungspraxis entsprechend anzupassen.

Unisex-Tarife

Mit Urteil vom 1.3.2011 (C-236/09 „Test-Achats“) hat der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Versicherungsverträge mit Wirkung zum 21.12.2012 nicht mehr nach Geschlechtern getrennt kalkuliert werden dürfen. Das bedeutet, dass bei nach dem 20.12.2012 abgeschlossenen Versicherungsverträgen die Prämien und Leistungen für Männer und Frauen nach einheitlichen Kalkulationsgrundlagen berechnet werden müssen („Unisex-Kalkulation“). Der deutsche Gesetzgeber wird das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entsprechend ändern.

Das genannte Urteil ist direkt zunächst nur für private Versicherungsverträge bindend; für Versicherungsverträge der betrieblichen Altersversorgung (bAV) gilt es formal nicht. Dennoch hat sich die Gesellschaft mit Ausnahme des nichtversicherungsförmigen Pensionsplans für eine Unisex-Kalkulation in der bAV entschieden: Ein anderes Vorgehen erscheint nicht vermittelbar und würde hohe Rechtsrisiken nach sich ziehen.

Allgemein wird für das Neugeschäft eine leichte Verteuerung von Lebensversicherungen erwartet, weil bei der Unisex-Prämie ein Sicherheitszuschlag einkalkuliert wird. Bei der Kalkulation der künftigen Unisex-Prämie fließen Annahmen über den Geschlechtermix ein. Der Sicherheitszuschlag dient zum Ausgleich von Abweichungen des tatsächlichen gegenüber dem angenommenen Geschlechtermix, die während des oft jahrelangen Vertragsverlaufs entstehen können.

Für vor dem 21.12.2012 abgeschlossene Versicherungsverträge gilt die Unisex-Pflicht grundsätzlich nicht, d.h. auch nach dem 21.12.2012 fällige Prämien bleiben unverändert getrennt geschlechtlich kalkuliert. Allerdings können in Einzelfällen vertragliche Änderungen an solchen Verträgen die Unisex-Pflicht für zukünftige Prämien auslösen.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Ertragslage

Neugeschäft

Im Berichtsjahr übernahm die PB Pensionsfonds AG innerhalb der mit Arbeitgebern abgeschlossenen Rahmenverträge 1.130 (1.201; Anwärter) Neuverträge. Davon entfielen 1.094 (1.179) Stück auf den Bereich Deutsche Post DHL sowie erstmals 13 (0) Stück auf den nichtversicherungsförmigen Pensionsplan. Alle Versorgungszusagen beinhalteten eine Zusage auf eine lebenslange Altersrente.

Laufenden Neugeschäftsbeiträgen in Höhe von 1.804 (2.027) TEUR standen Einmalbeiträge in Höhe von 3.711 (855) TEUR gegenüber. Hieraus errechnen sich Neugeschäftsbeiträge auf APE-Basis in Höhe von 2.175 (2.113) TEUR.

Versicherungsbestand

Zum Ende des Geschäftsjahres 2012 umfasste der Bestand 22.263 (21.209) Verträge, davon

- 1.206 (1.189) Verträge mit Zusage einer Erwerbsminderungsrente und
- 1.996 (1.907) Verträge mit Zusage einer Hinterbliebenenrente.

Diese Zusagen umfassten insgesamt eine versicherte Jahresrente von

- 1.095 (1.084) TEUR bei der Erwerbsminderungsrente und
- 757 (759) TEUR bei der Hinterbliebenenrente.

Beiträge

Im Jahr 2012 nahm die PB Pensionsfonds AG Beiträge von 28.892 (25.282) TEUR ein (+14,3 %).

Leistungen

Im Geschäftsjahr 2012 fielen Aufwendungen für Versorgungsfälle von 636 (772) TEUR an. Diesen Betrag hat die PB Pensionsfonds AG aus den für die Versorgungszusagen abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen erhalten.

Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen 1.607 (1.428) TEUR einschließlich der mittelbaren Abschlussaufwendungen.

Erträge und Aufwendungen aus Kapitalanlagen

Die laufenden Kapitalerträge für eigenes Risiko beliefen sich im Berichtsjahr auf 300 TEUR. Dem standen laufende Aufwendungen in Höhe von 41 TEUR gegenüber. Das laufende Ergebnis für eigenes Risiko betrug 259 TEUR.

Im Berichtsjahr wurden außerordentliche Kapitalanlagegewinne in Höhe von 226 TEUR realisiert. Die Zuschreibungen auf Kapitalanlagen beliefen sich auf 234 (446) TEUR. Hiervon entfallen auf Verträge von Lebensversicherungsunternehmen 226 TEUR und auf Investmentfonds 8 TEUR. Dem standen Abschreibungen in Höhe von 5 TEUR entgegen. Das gesamte Kapitalanlageergebnis für eigenes Risiko stieg auf 714 (594) TEUR.

Die Staatsschuldenkrise hatte keine Auswirkungen auf das Ergebnis, die Gesellschaft hat keine Bestände in Staatsanleihen der Europeripherie.

Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung belief sich auf 471 (109) TEUR. Dieser Betrag wird auf Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags an die PB Versicherung AG abgeführt.

Finanzlage

Gewinnverwendung und Eigenkapital

Nach Abführung des Ergebnisses stellt sich das Eigenkapital unserer Gesellschaft wie folgt dar:

Eigenkapital nach Gewinnverwendung

	31.12.2012
TEUR	
Gezeichnetes Kapital	8.000
Nicht eingefordertes Kapital	-5.963
Eingefordertes Kapital	2.038
Kapitalrücklage	2.200
Gewinnrücklagen	800
Summe	5.038

Liquiditätslage

Die Liquidität der PB Pensionsfonds AG war zu jeder Zeit gesichert. Zum Bilanzstichtag waren liquide Mittel in Form von Einlagen und laufenden Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 3.653 (2.132) TEUR verfügbar.

Vermögenslage

Kapitalanlagen

Entwicklung der Kapitalanlagen¹⁾ im Detail

	31.12.2012	31.12.2011	Änderung
TEUR			
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.288	787	1.502
Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	7.435	6.357	1.078
Namenschuldverschreibungen	2.500	2.000	500
Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.500	2.000	-500
Einlagen bei Kreditinstituten	815	418	397
Summe	14.538	11.561	2.977

1) ohne Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen

Das Volumen der Kapitalanlagen für eigenes Risiko des Pensionsfonds stieg 2012 um 2.977 TEUR und betrug zum Jahresende 14.538 (11.561) TEUR. Hiervon entfallen 7.435 TEUR auf die Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen. Die Kapitalanlagen wurden in festverzinsliche Titel investiert, die im Direktbestand gehalten werden. Deren Anteil lag bei 28 % der gesamten Kapitalanlagen. Investitionen erfolgten vor allem in Pfandbriefe mit sehr guter Bonität. Die Qualität der festverzinslichen Wertpapiere blieb mit einem durchschnittlichen Rating von AA gegenüber dem Vorjahr konstant.

Der Bestand an Investmentanteilen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr auf 2.288 (787) TEUR. Hauptgrund dieses Anstiegs sind die 3 Fonds des neuen Produktes nichtversicherungsförmiger Pensionsfonds.

Die Marktwerte der Kapitalanlagen beliefen sich zum Bilanzstichtag auf 15.054 (11.741) TEUR.

Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern

Der entsprechende Kapitalanlagebestand stieg um 33.826 TEUR und betrug zum Jahresende 172.596 (138.769) TEUR. Hiervon entfallen 129.996 TEUR auf die Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen. Weitere 40.778 (31.156) TEUR entfielen auf Investmentanteile.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage unserer Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen würden.

Risikobericht

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Gegenwärtig ist keine Entwicklung erkennbar, welche die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigen könnte. Bestandsgefährdende Risiken, das heißt wesentliche Risiken mit existenziellem Verlustpotenzial für die Gesellschaft, zeichnen sich nicht ab. Die etablierten Risikomanagementsysteme und Kontrollinstanzen stellen eine frühzeitige Identifikation, Bewertung und Steuerung der Risiken sicher, die einen wesentlichen Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben können. Somit sieht sich die Gesellschaft in der Lage, alle Verpflichtungen aus den bestehenden Versicherungsverträgen auch bei schwierigen Rahmenbedingungen dauerhaft zu erfüllen.

Die vorhandenen Eigenmittel der Gesellschaft überdecken das Solvabilitätssoll und erfüllen damit die aktuellen aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen.

Grundlagen des Risikomanagements

Das Risikomanagement der Gesellschaft erfüllt die Anforderungen des deutschen Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), demzufolge sich die Unternehmensleitung einer Aktiengesellschaft verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein Überwachungssystem einzurichten, damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen früh erkannt werden“ (§ 91 Abs. 2 AktG).

Darüber hinaus werden die Regelungen der §§ 64a und 55c VAG berücksichtigt.

Die Gesellschaft kommt ihrer Verpflichtung zu einer Berichterstattung über die Risiken der künftigen Entwicklung (§ 289 Abs. 1 HGB) nach und orientiert sich hierbei nachfolgend am deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20).

Durch die frühzeitige Umsetzung der zentralen Themen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement in deutschen Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) hat die Gesellschaft eine angemessene Vorbereitung auf Solvency II sichergestellt.

Risikomanagementsystem

Basis des Risikomanagements ist die durch den Vorstand verabschiedete Risikostrategie, die sich aus der Geschäftsstrategie ableitet. Sie ist verbindlicher, integraler Bestandteil des unternehmerischen Handelns. Zur Umsetzung und Überwachung der Risikostrategie bedient sich die Gesellschaft eines Internen Steuerungs- und Kontrollsystems.

Das Risikomanagement der Gesellschaft ist in das Konzernrisikomanagement eingegliedert: Es wendet das konzernweit implementierte Risikokapitalmodell an und berücksichtigt die Konzernrichtlinien.

Darüber hinaus wird auf Konzernebene an der Einführung stochastischer Risikokapitalmodelle gearbeitet. In diese Aktivitäten ist unsere Gesellschaft eingebunden. Es wird – im Sinne von Solvency II – ein Internes Modell entwickelt, welches das Vermögen und die Verbindlichkeiten nach dem Fair-Value Prinzip unter Berücksichtigung von Markteinflüssen abbildet.

Das Risikomanagementsystem der Gesellschaft wird laufend weiterentwickelt und damit den jeweiligen sachlichen und gesetzlichen Erfordernissen sowie den Konzernvorgaben angepasst. Insbesondere werden zukünftige Risiken (Emerging Risks) regelmäßig in systematischer Form identifiziert, ihre Relevanz ermittelt und ihr Risikopotenzial bewertet. Das Risikomanagementsystem ist mit dem zentralen Steuerungssystem der Gesellschaft eng verzahnt.

Die Bewertung der wesentlichen versicherungstechnischen Risiken, Kapitalanlagerisiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen sowie operationalen und externen Risiken der Gesellschaft erfolgt regelmäßig mit Hilfe des konzernweit eingesetzten Risikokapitalmodells. Dabei werden diese Risiken systematisch analysiert und mit Risikokapital hinterlegt. Zusätzlich werden wesentliche, sich aus Zielabweichungen ergebende strategische Risiken betrachtet. Alle erfassten Risiken werden durch ein Limit- und Schwellenwertsystem überwacht und durch abgestimmte Maßnahmen gesteuert. Der

Vorstand der Gesellschaft wird im Rahmen der Risikoberichterstattung vom Chief Risk Officer (CRO) regelmäßig über die aktuelle Risikosituation informiert. Bei akuten Risiken ist eine Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand gewährleistet.

Im Kapitalanlagebereich umfasst das Risikomanagementsystem spezifische Instrumentarien zur laufenden Überwachung aktueller Risikopositionen und der Risikotragfähigkeit. Sämtliche Kapitalanlagen stehen unter ständiger Beobachtung und Analyse durch den Geschäftsbereich Kapitalanlagen und das operative Kapitalanlagecontrolling. Mit Hilfe von Szenarioanalysen und Stresstests werden die Auswirkungen von Kapitalmarktschwankungen simuliert und bei Bedarf darauf frühzeitig reagiert. Darüber hinaus stellt eine umfangreiche Berichterstattung die erforderliche Transparenz aller die Kapitalanlagen betreffenden Entwicklungen sicher. Für Handels- und Abwicklungstätigkeiten im Kapitalanlagebereich bedient sich die Gesellschaft der Dienstleistung der Talanx Deutschland AG.

Risikoorganisation

Die Aufbauorganisation im Risikomanagement bei der Gesellschaft gewährleistet eine Funktionstrennung zwischen aktiver Risikoübernahme und unabhängiger Risikoüberwachung. Zentrale Organe sind der Gesamtvorstand der Gesellschaft, die Unabhängige Risikocontrollingfunktion (URCF), die Risikoverantwortlichen sowie die Interne Revision, deren Aufgabe von der Konzernrevision wahrgenommen wird.

Die unabhängige Risikoüberwachung wird seit 2011 von einer organisatorischen Einheit innerhalb der Talanx Deutschland AG unter Leitung des Chief Risk Officer (CRO) wahrgenommen. Dadurch wird Know-how gebündelt und eine effiziente Nutzung der Ressourcen sichergestellt.

Der Gesamtvorstand trägt die nicht delegierbare Verantwortung für die Umsetzung und Weiterentwicklung des Risikomanagements in der Gesellschaft. Er legt die Risikostrategie fest und trifft hieraus abgeleitete wesentliche Risikomanagemententscheidungen.

Die Unabhängige Risikocontrollingfunktion ist primär für die Identifikation, Bewertung und Analyse des Risikoprofils sowie für die Überwachung von Limiten und der Maßnahmen zur Risikobegrenzung auf aggregierter Ebene zuständig. Diese Aufgabe wird durch das Risikokomitee der Talanx Deutschland AG wahrgenommen, welches vom CRO geleitet wird. Das Risikokomitee spricht Empfehlungen an den Gesamtvorstand aus.

Risikoverantwortliche sind in der Regel leitende Angestellte der Gesellschaft, die für die Identifikation und Bewertung der wesentlichen

Risiken ihres Verantwortungsbereiches zuständig sind. Zudem sind sie verantwortlich für Vorschläge zur Risikominderung und für die Umsetzung geeigneter Risikomaßnahmen. Der Austausch von Erkenntnissen zwischen Risikoverantwortlichen und Unabhängiger Risikocontrollingfunktion findet im Rahmen von regelmäßigen Risikosteuerungskreisen statt.

Die Interne Revision ist für die prozessunabhängige Prüfung der Geschäftsbereiche, insbesondere des Risikomanagements, verantwortlich. Die Leitung der Internen Revision ist zum Zwecke der Diskussion risikorelevanter Themen als Gast im Risikokomitee vertreten.

Zur Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit einer Geschäftsorganisation, welche die Einhaltung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen gewährleistet, ist die Gesellschaft in die Compliance-Organisation der Talanx AG eingebunden.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risikolage der Gesellschaft wird anhand der nachfolgend beschriebenen Risikokategorien erörtert, die sich am Deutschen Rechnungslegungsstandard für die Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) orientieren.

Versicherungstechnische Risiken

Biometrische Risiken

Das biometrische Risiko wird in ein Schwankungsrisiko sowie in ein Kumul-, Trend- und Änderungsrisiko unterschieden. Das Schwankungsrisiko ist das Risiko der zufälligen Abweichung der Häufigkeit der Leistungsfälle von den biometrischen Wahrscheinlichkeiten. Das Kumulrisiko bezeichnet das gleichzeitige Auftreten vieler Schadenfälle, die durch ein Ereignis ausgelöst sind. Das Trend- und Änderungsrisiko bezeichnet das Risiko einer Fehleinschätzung der biometrischen Wahrscheinlichkeiten bei der Berechnung der Prämien.

Die Gesellschaft trägt zurzeit keine versicherungstechnischen Risiken selbst. Für alle biometrischen Risiken – wie Eintritt der Erwerbsminderung, Tod oder Langlebigkeit – werden spezielle Rückdeckungsversicherungen bei Lebensversicherungsunternehmen abgeschlossen. Die Gesellschaft tritt bei diesen Rückdeckungsversicherungen als Versicherungsnehmer auf und erhält somit alle für die Leistungserbringung benötigten Zahlungen vom Rückdeckungsversicherer.

Kostenrisiken

Das Kostenrisiko resultiert aus der Gefahr, dass die tatsächlichen Kosten die kalkulierten Kosten übersteigen oder nicht rechtzeitig genug an veränderte Geschäftsvolumina angepasst werden können.

Der Kostenverlauf wird durch Betriebskosten und Provisionen bestimmt, denen Kostenzuschläge in den Beiträgen gegenüberstehen. Die Beitragszuschläge sind so bemessen, dass auch eine temporäre, unvorhergesehene Kostenprogression verkraftet werden kann und Betriebskosten und Provisionen langfristig gedeckt sind. Die Produktkalkulation stützt sich auf eine tief gegliederte Kostenrechnung; eine Grenzkostenrechnung bleibt hierbei bewusst außer Ansatz. Provisionen werden nur nach Maßgabe der Prämienkalkulation und nur unter Verwendung von stringenten Stornoregelungen gewährt.

Zinsgarantierisiken

Die bei Vertragsabschluss von bestimmten Produkten garantierte Mindestverzinsung muss dauerhaft erwirtschaftet werden. Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass Neuanlagen in Niedrigzinsphasen möglicherweise den garantierten Zins nicht erzielen werden.

Durch den Kauf von Rückdeckungsversicherungen wird die Zinsgarantie vollständig von dem jeweiligen Rückdeckungsversicherer übernommen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern und Versicherungsnehmern

Das Forderungsausfallrisiko gegenüber Versicherungsvermittlern besteht grundsätzlich in der Möglichkeit, dass im Falle von (vermehrten) Kündigungen durch Versicherungsnehmer Provisionsrückforderungen nicht in gleicher Höhe geltend gemacht werden können.

Die Gesellschaft hat aufgrund der vertrieblichen Struktur kein Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern und Versicherungsnehmern. Die Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern betreffen ausschließlich die Deutsche Postbank AG und die PB Lebensversicherung AG. Aufgrund der Rückprovisionsregelungen wurde von einer Pauschalwertberichtigung abgesehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber Rückversicherern

Beim Forderungsausfallrisiko gegenüber (Retro-)Zessionaren handelt es sich um die Möglichkeit des Ausfalls von Anteilen der Rückversicherer an versicherungstechnischen Passiva abzüglich Kredit-

briefe und Rückversicherungsdepots. Da die Gesellschaft keine Rückversicherungsverträge hat, besteht kein Risiko aus dem Ausfall von Forderungen gegenüber (Retro-)Zessionaren.

Risiken aus Kapitalanlagen

Marktrisiken

Das Marktrisiko resultiert aus der Möglichkeit, dass nachteilige Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern Verluste hervorrufen. Es umfasst – in Einflussfaktoren zerlegt – vor allem das Zinsänderungsrisiko, das Aktienkursänderungsrisiko sowie das Währungsrisiko.

Aktienkurs- und Zinsänderungsrisiken werden durch das Einhalten der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu Mischung und Streuung sowie durch darüber hinausgehende, aus internen Risikotragfähigkeitsanalysen resultierende Risikolimits begrenzt. Derzeit werden keine Aktien gehalten, sodass daraus keine Risiken entstehen. Wegen der ausschließlichen Anlage der Kapitalanlagen in Euro trägt die Gesellschaft kein Währungskursrisiko.

Es wurden keine Derivate im Portfolio der PB Pensionsfonds AG im Berichtsjahr eingesetzt. Strukturierte Produkte waren zum 31.12.2012 nicht im Bestand.

Die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr erneut im Rahmen des BaFin-Stresstests überprüft, den die Gesellschaft in allen Szenarien bestanden hat.

Bonitäts-/Kreditrisiken

Bonitätsrisiken bestehen im möglichen Wertverlust von Kapitalanlagen aufgrund des Ausfalls eines Schuldners oder einer Änderung in seiner Zahlungsfähigkeit.

Dieses Risiko hat sich im Zuge der globalen Finanzmarktsituation prinzipiell erhöht. Die Gesellschaft führt regelmäßig Bonitätsprüfungen der vorhandenen Schuldner durch.

Bonitätsrisiken unter Investmentgrade werden in der Regel nicht eingegangen.

Zur Steuerung des Ausfall- bzw. Bonitätsrisikos werden Ratingkategorien und Sicherungsinstrumente berücksichtigt. Die Bonität der Schuldner wird laufend überwacht. Wesentlicher Anhaltspunkt für die Investitionsentscheidung durch das Portfolio-Management sind die durch externe Agenturen wie Standard & Poor's oder Moody's vergebenen Ratingklassen. Die Neuanlage ist zur Begrenzung des Bonitätsrisikos auf Wertpapiere im Investment-Grade-Bereich beschränkt.

Grundsätzlich hat die Finanzmarktkrise die Grenzen einer Modellbetrachtung unter Zuhilfenahme von Rating-Einstufungen aufgezeigt. Im Modell wird das Emittentenrisiko vor dem Hintergrund der getroffenen Annahmen und der gesetzten Parameter als beherrschbar eingestuft; in der Realität könnte der Ausfall einer Adresse ggf. gravierende Konsequenzen haben. Insofern darf sich die Risikoanalyse und -steuerung nicht allein auf die Modellbetrachtung beschränken. Diesem Aspekt wird im Asset-Liability-Committee Rechnung getragen. Zusätzlich werden als Risikosteuerungsmaßnahme Limite sowohl für Einzelemitenten wie auch für Anlageklassen eingezogen.

In der aktuellen Marktphase wird besonderes Augenmerk auf das Exposure bei Banken gelegt, vor allem soweit es sich um nachrangig besicherte Anleihen handelt. Zudem werden Staatsanleihen (inkl. Kommunalanleihen) und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere aus europäischen Ländern mit überdurchschnittlich hoher Staatsverschuldung betrachtet.

Grundsätzlich besteht für die Staatsanleihen und die übrigen festverzinslichen Wertpapiere aus Ländern der Europeripherie ein erhöhtes Risiko für den Ausfall der Rückzahlung. Die Risiken sind bei der Beurteilung der Kapitalanlagen bereits berücksichtigt. Die Gesellschaft hat keine Kapitalanlagen in ihrem Bestand, die den Ländern der sogenannten Euro-Peripherie zuzurechnen sind. Das Portfolio der Gesellschaft ist daher von den derzeitigen Entwicklungen in den europäischen Ländern mit überdurchschnittlicher Staatsverschuldung nicht betroffen.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – bei nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Jederzeit ausreichende Liquidität stellt die Gesellschaft durch die Abstimmung zwischen Kapitalanlagebestand und Versicherungsverpflichtungen sowie die Planung ihrer Zahlungsströme sicher.

Operationale Risiken

Das operationale Risiko ist die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge von externen Ereignissen eintreten.

Im Folgenden werden Risiken aus dem Ausfall von Vertriebswegen, Risiken aus Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen, Infrastrukturrisiken und Risiken in der Vertragsverwaltung erläutert.

Risiken aus dem Ausfall von Vertriebswegen

Die PB Pensionsfonds AG ist überwiegend in der Versorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Konzern Deutsche Post DHL tätig. Diese Tätigkeit ist tarifvertraglich unterlegt. Die Beratung wird durch Mitarbeiter der PB Versicherungen durchgeführt, sodass ein Risiko des Wegfalls aller Vertriebswege äußerst gering ist.

Risiken aus Änderungen gesetzlicher Rahmenbedingungen

Aus einer Fortentwicklung der höchstrichterlichen Rechtsprechung können sich finanzielle Risiken realisieren. Auch unabhängig von der Frage einer rechtlichen Bindungswirkung können darüber hinaus aus einzelnen Gerichtsurteilen Reputationsrisiken entstehen. Derzeit lässt sich keine Prognose darüber abgeben, ob einzelne Urteile zukünftig weitere Auswirkungen auf den Versicherungsbestand der Gesellschaft haben können. Dies wird in der Folgezeit zu überwachen sein.

Die sich aus der Einführung der §§ 55c und 64a VAG zum 1. Januar 2008 und deren Konkretisierung in den MaRisk VA ergebenden Änderungen am Risikomanagementsystem wurden in den Vorjahren bereits umgesetzt und im Geschäftsjahr weiterentwickelt im Hinblick auf Solvency II.

Weitere mögliche Entwicklungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung oder gesetzliche Änderungen, insbesondere gesellschaftsrechtlicher, produktrechtlicher oder steuerlicher Natur, werden eng überwacht.

Infrastrukturrisiken

Dem Risiko des Ausfalls wesentlicher Teile oder des Totalausfalls der Infrastruktur wird vor allem im IT-Bereich eine hohe Bedeutung zuteil. Sicherheit im IT-Bereich wird bei der Gesellschaft durch Zugangskontrollen, Zugriffsberechtigungssysteme und Sicherungssysteme für Programme und Datenhaltung gewährleistet.

Der Notfallvorsorge wird mittels eines Notfallhandbuchs, der Durchführung von Business-Impact-Analysen zur Ermittlung der Kritikalität von Geschäftsprozessen, der Einrichtung eines Krisenstabs und Notfallteams Rechnung getragen.

Bei der Verbindung interner und externer Netzwerke ist eine schützende Firewall-Technik installiert, die durch einen externen Dienstleister im Hinblick auf seine Kernkompetenz betrieben und gewartet wird. Das Risiko des Ausfalls der IT-Infrastruktur wird durch regelmäßige Kontrollen, redundante Systeme, Backup- und Recovery-Verfahren und eine 7x24 h Rufbereitschaft verringert. Für den Fall des Ausfalls der Infrastruktur insgesamt liegt ein Notfallhandbuch

(inkl. Business Continuity Management) vor, das ein strukturiertes und zeitnahes Wiederanlaufen des normalen Geschäftsbetriebs gewährleistet.

Risiken im Vertrieb sowie in der Verwaltung von Versicherungsverträgen

Vertriebliche Risiken werden gerade auch im Hinblick auf den GDV-Vertriebskodex regelmäßig überwacht. Dem Risiko von Fehlentwicklungen in der Verwaltung und von dolosen Handlungen begegnet die Gesellschaft durch Regelungen und interne Kontrollen in den Fachbereichen. So unterliegen Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen strengen Vollmachts- und Berechtigungsregelungen. Funktionstrennungen in den Arbeitsabläufen, das Vier-Augen-Prinzip bei wichtigen Entscheidungen und Stichproben bei serienhaften Geschäftsvorfällen erschweren dolose Handlungen. Darüber hinaus prüft die interne Revision unternehmensweit Systeme, Prozesse und Einzelfälle.

Sonstige wesentliche Risiken

Strategische Risiken

Strategische Risiken ergeben sich aus der Gefahr eines Missverhältnisses zwischen der Geschäftsstrategie und den sich ständig wandelnden Rahmenbedingungen des Unternehmensumfelds. Ursachen für ein solches Ungleichgewicht können z. B. falsche strategische Grundsatzentscheidungen oder eine inkonsequente Umsetzung der festgelegten Strategien sein. Die Gesellschaft überprüft deshalb jährlich ihre Unternehmens- und Risikostrategie und passt Prozesse und Strukturen im Bedarfsfall an.

Eine Umstrukturierung des Konzerns im Bereich der deutschen Privat- und Firmenversicherung wurde im Geschäftsjahr fortgesetzt. Durch den hieraus resultierenden Anpassungsbedarf können sich für die Gesellschaft gewisse Betriebsrisiken sowie anfängliche Kostenrisiken ergeben.

Risiken aus der Auslagerung von Verwaltungstätigkeiten

Die Gesellschaft ließ im Berichtsjahr Verwaltungstätigkeiten durch andere Gesellschaften ausführen, so z. B.:

- Buchhaltungssysteme durch die TDS Informationstechnologie AG, Neckarsulm
- Abwicklung der Zulagen für die Rentenversicherungsverträge im Sinne des Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetzes durch die Talanx Systeme AG, Köln

- Callcenter-Dienstleistungen durch die Talanx Deutschland Bancassurance Communication Center GmbH (vormals Proactiv Communication Center GmbH), Hilden

Seit 2009 lässt die Gesellschaft außerdem wesentliche Verwaltungstätigkeiten durch die Talanx Deutschland Bancassurance Kundenservice GmbH, (vormals Proactiv Servicegesellschaft mbH), Hilden ausführen.

Alle genannten Firmen zeichnen sich durch einen vertraglich zugesicherten Sicherheitsstandard aus, der ständigen Kontrollen vonseiten der Gesellschaft und einem regelmäßigen Verbesserungsprozess unterliegt. Bei den geschlossenen Funktionsausgliederungs- und Dienstleistungsverträgen wurden die Anforderungen der MaRisk VA beachtet.

Prognosebericht

Unsere nachstehenden Ausführungen stützen sich auf fundierte Experteneinschätzungen Dritter sowie auf die von uns als schlüssig erachteten Planungen und Prognosen; dennoch handelt es sich um unsere subjektive Einschätzung. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass die tatsächlichen Entwicklungen von der hier wiedergegebenen erwarteten Entwicklung abweichen werden.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunktur in der Eurozone wird weiterhin von der Staatsschuldenkrise bestimmt werden. Die bislang nur verbal angekündigte Intervention der EZB zeigte an den Kapitalmärkten eine positive Wirkung und sorgte nicht zuletzt auch in der öffentlichen Wahrnehmung für eine Entspannung. Entscheidend für den weiteren Verlauf der Krise wird sein, inwiefern erste strukturelle Erfolgsmeldungen aus den kriselnden Euroländern die zuletzt aufhellende Wahrnehmung untermauern können. Wir sehen in Europa allenfalls vorsichtige Stabilisierungstendenzen, die sich im aktuellen Jahr verfestigen könnten.

Die zuletzt verbesserten US-Daten sind sicherlich gute Nachrichten für die globale Konjunktur. Allerdings wird auch in den USA eine Haushaltskonsolidierung immer dringlicher, was sich in den zähen Verhandlungen über die Fiskalklippe zum Jahreswechsel zeigte. Weil sich in den USA Aufwärtstendenzen abzeichnen, könnten die Vereinigten Staaten 2013 einmal mehr zur Haupttriebfeder der globalen Wirtschaft werden. Das globale Konjunkturmilieu könnte durch die Entwicklung in den Schwellenländern gestützt werden,

wo die wirtschaftliche Entwicklung, allen voran in China, weiter an Momentum gewinnen dürfte.

Die anhaltend sehr expansive Geldpolitik wird unserer Einschätzung nach nicht zu einem deutlichen Anstieg der Inflationsraten im aktuellen Jahr führen, da die durch die Zentralbanken induzierte Liquidität bislang noch nicht in die Realwirtschaft dringt. Inflationsgefahren werden nur dann drängend, wenn auch die Konjunktur deutlich an Fahrt gewinnt.

Kapitalmärkte

Auch wenn sich die Marktstimmung zum Jahresende mit einer Art "positiver Skepsis" beschreiben lässt, ist eine nachhaltige Stabilisierung der allgemeinen Risikosituation weiter unsicher. Die abgeschwächten Liquiditätsrichtlinien nach Basel 3 entlasten zwar die Banken vom Handlungsdruck; außerdem trifft ein nachlassender Refinanzierungsbedarf der Banken und Unternehmen auf einen weiter hohen Anlage- und Renditebedarf der Investoren. Allerdings bleiben die strukturellen Probleme der Euroschuldenkrise bestehen. Störfeuer sind von diversen Seiten denkbar, zum Beispiel durch unerwartete Entscheidungen von Ratingagenturen oder der Politik. Wir erwarten daher, dass Renditen und Risikoaufschläge volatil bleiben und die Zinsen sich vorerst weiter auf niedrigem Niveau bewegen. Die EZB positioniert sich mit Blick auf anstehende Zinsentscheidungen vorerst abwartend. Wir erwarten eine Leitzinssenkung auf 0,5 %, voraussichtlich jedoch erst im zweiten Quartal 2013. Die USA haben sich gewissermaßen darauf festgelegt, die Leitzinsen in den nächsten zwei Jahren auf dem derzeit niedrigen Niveau zu belassen. Die Diskussion über eine vorzeitige Reduzierung der Maßnahmen der Fed wurde zuletzt intensiviert, und weitere Maßnahmen werden verstärkt an die Entwicklung des Arbeitsmarktes geknüpft.

Wir erwarten, dass die europäische Schuldenkrise für die Aktienmärkte weiter ein Belastungsfaktor bleibt. Allerdings wird sich unserer aktuellen Einschätzung nach die liquiditätsgetriebene Entwicklung im Berichtsjahr auch 2013 fortsetzen, solange EZB-Kredite unbegrenzt erhältlich sind und auch die Fed äußerst expansiv agiert. Das wird unseres Erachtens noch nach noch einige Zeit der Fall sein. Unterstützend sind zudem eine nach wie vor historisch nicht überbeuerte fundamentale Bewertung der Märkte, insbesondere für den europäischen Markt, und die relativ zu den Bondmärkten unverändert attraktive Dividendenrendite. Auch lassen sich nach deutlichen Abwärtsrevisionen in den vergangenen Monaten erste Tendenzen zur Stabilisierung der Gewinnerwartungen speziell in der Eurozone erkennen. Wir gehen zurzeit davon aus, dass sich diese Tendenzen in den kommenden Monaten weiter verfestigen und dem Gewinnwachstum damit die Trendumkehr gelingt. Insgesamt überwiegen nach unserer Einschätzung vor allem für den europäischen Akti-

enmarkt zunehmend die positiven Signale. Gleichwohl bleiben abrupte Rückgänge nach kurzfristigen Liquiditätshaussen bestehen, solange Kursgewinne nicht durch ein sich wieder stabilisierendes globales makroökonomisches Bild untermauert werden.

Künftige Branchensituation

Angesichts der bereits seit längerem bestehenden und auch 2013 andauernden konjunkturellen Risikofaktoren sind Prognosen generell mit einem Vorbehalt behaftet. Allerdings hat sich die deutsche Versicherungswirtschaft unter den herrschenden Umfeldbedingungen bisher stabil gezeigt, und dies sollte sich mit Blick auf die kommenden zwei Jahre nicht grundlegend ändern. Unter der Annahme, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich verschlechtern, sollte die Versicherungswirtschaft 2013 ein Beitragswachstum etwa in der Größenordnung wie im Berichtsjahr erreichen. Die Nachfragebasis für die Angebote der Versicherungswirtschaft ist laut Aussagen des GDV grundsätzlich stabil, auch wenn es einige Faktoren gibt, die nachfragedämpfend wirken. Grundlegende Herausforderungen für die Versicherungsbranche insgesamt ergeben sich aus der Intensivierung des Wettbewerbs, der Veränderung regulatorischer Rahmenbedingungen, zunehmend differenzierteren Kundengruppen und dem demografischen Wandel. Dass die Branche diesen Herausforderungen begegnet, dürfte sich auch zukünftig in der Verschiebung von Marktpositionen einzelner Anbieter, Veränderungen auf Produktebene sowie in einer zunehmenden Vielfalt bei Vertriebsstrukturen zeigen.

Lebensversicherung

In der Lebensversicherung ist davon auszugehen, dass die Geschäftsentwicklung auch zukünftig von schwierigen Rahmenbedingungen beeinflusst wird. Es ist zwar derzeit anzunehmen, dass sich die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte 2013, ausgehend von der Lage am Arbeitsmarkt und der Entwicklung der verfügbaren Einkommen, verhalten positiv weiterentwickeln wird. Andererseits wirken im kommenden Jahr aber nachfragedämpfende Einflussfaktoren. Hier ist die bereits seit längerem zu beobachtende Unsicherheit und Zurückhaltung der Bevölkerung gegenüber längerfristigen Geldanlagen zu nennen. Diese Vorsichtshaltung wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Eurokrise noch verstärkt und steht einer stärkeren Ausweitung der kapitalgedeckten privaten Altersvorsorge entgegen. Eine ernste Herausforderung für Lebensversicherer bleibt darüber hinaus das fortdauernde Niedrigzinsumfeld, das sich negativ auf die Gesamtverzinsung auswirkt und dessen Ende weiterhin nicht in Sicht ist. Die deutsche Lebensversicherungsbranche verfügt über eine solide Kapitalisierung und entsprechende Reserven und hat zudem die Restlaufzeit ihrer Kapitalanlagen frühzeitig ausgeweitet auf inzwischen über zehn Jahre. Auf-

grund dieser Gegebenheiten sollte sie in der Lage sein, das niedrige Zinsniveau gegebenenfalls noch für einige Jahre zu verkraften.

Chancen aus der Entwicklung der Rahmenbedingungen

Demografischer Wandel in Deutschland

Ausgelöst durch den demografischen Wandel, ist gegenwärtig die Entstehung von zwei Märkten mit hohem Entwicklungspotenzial zu beobachten: zum einen der Markt für Produkte für Senioren und zum anderen der für junge Kunden, die durch die abnehmenden Leistungen des Sozialsystems stärker eigenständig vorsorgen müssen. Schon heute ist festzustellen, dass Senioren nicht mehr mit dem „klassischen Rentner“ der Vergangenheit gleichzusetzen sind. Dies zeigt sich nicht nur in der steigenden Inanspruchnahme von Serviceleistungen, für die eine hohe Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft besteht. Der Wandel wird vor allem darin deutlich, dass diese Kundengruppe zunehmend aktiver ist und sich damit mehr mit absicherungsbedürftigen Risiken als die vorherigen Generationen auseinandersetzt. Für die Anbieterseite ist somit nicht genug damit getan, bestehende Produkte um Assistance-Leistungen zu erweitern, sondern es müssen neue Produkte konzipiert werden, um die neu entstehenden Bedürfnisse abzudecken. Beispiele hierfür sind Produkte für den Zweitwohnsitz und intensive Reisetätigkeit im Ausland, für sportliche Aktivitäten bis ins hohe Alter und die Vermögensweitergabe an die Erben. Gleichzeitig tritt das Thema der finanziellen Absicherung im Alter stärker ins Bewusstsein der jungen Kunden. Durch (staatlich geförderte) private Vorsorgeprodukte und attraktive Angebote der Arbeitgeber zur betrieblichen Altersversorgung (bAV) kann dieses Potenzial bearbeitet werden. Gegenwärtig wird für diese Kundengruppe von einem Trend der verstärkten Nachfrage nach Altersvorsorgeprodukten, die eine höhere Flexibilität in der Spar- und der Entsparphase aufweisen, ausgegangen. Die Lebensversicherungsgesellschaften im Konzern könnten durch ihre umfassende Produktpalette mit innovativen Produkten sowie mit ihrer vertrieblchen Aufstellung überdurchschnittlich im Markt der Senioren und der jungen Kunden profitieren.

Finanzmarktstabilität

Durch die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ist das Vertrauen der Kunden in Banken erheblich beeinträchtigt worden. Auch bei den Versicherungsnehmern besteht vor dem Hintergrund des derzeit niedrigen Zinsniveaus sowie der Volatilität an den Aktienmärkten ein hoher Grad an Verunsicherung. Dieses gesamtwirtschaftliche Umfeld bietet aber auch Chancen für Versicherungsunternehmen, innovative Produkte zu entwickeln, die auf diese neuen Gegebenheiten ausgerichtet sind. In Europa, den USA und Asien hatten sich vermehrt Lebensversicherer auf den Absatz moderner, flexibler und an die Aktienmarktentwicklung gebundener Produkte konzentriert. Die klassische deutsche Lebensversicherung, bei der Garantien für die

gesamte Laufzeit gegeben werden, steht auf dem Prüfstand. Aufgrund hoher Eigenmittelanforderungen für diese Geschäfte ist es grundsätzlich vorstellbar, die Garantien zukünftig auf einen bestimmten Zeitraum zu begrenzen.

Aufsichts- und bilanzrechtliche Änderungen

Die gesamte Versicherungswirtschaft sieht sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden und teilweise bereits eingetretenen aufsichtsrechtlichen Neuerungen weitreichenden Veränderungen ausgesetzt, insbesondere im Rahmen von IFRS, Solvency II und einer Flut diesbezüglicher europäischer und deutscher Umsetzungs-vorschriften. Die bilanz- und aufsichtsrechtlichen Änderungen verfolgen wir eng und haben die damit verbundenen erhöhten Anforderungen identifiziert und Maßnahmen eingeleitet. Dies bietet uns gleichzeitig die Chance, unser Risikomanagement entsprechend weiterzuentwickeln und damit den zukünftig komplexeren und umfangreicheren Vorgaben gerecht zu werden. Zur Bewertung von Risikokategorien sowie der gesamten Risikoposition des Konzerns wird derzeit ein internes, Solvency-II-gerechtes stochastisches Risikokapitalmodell implementiert und weiterentwickelt, das die Talanx-weite Verwendung von internen Modellen ermöglicht und sich in der Vorantragsphase bei der BaFin befindet.

Bancassurance

Der Vertrieb von Versicherungsprodukten über den Bankschalter hat sich in den vergangenen Jahren unter der Bezeichnung Bancassurance etabliert. Im Talanx-Konzern ist die Bancassurance ein Erfolgsfaktor mit großen Zukunftschancen. Basis des Erfolgs ist das spezielle Geschäftsmodell, bei dem das Versicherungsgeschäft vollständig in die Strukturen des Bankpartners integriert ist. Die Versicherungsgesellschaften übernehmen die Entwicklung der Versicherungsprodukte – Bank, Sparkasse oder Post stellen im Gegenzug vielfältige Vertriebskanäle zur Verfügung. Im Talanx-Konzern ist der Vertriebsweg Bancassurance nicht nur in Deutschland, sondern insbesondere auch in Ungarn, der Türkei und in Russland etabliert. Durch den Zukauf der TU Europa- und der WARTA-Gruppe konnten weitere Bancassurance-Vertriebswege in Polen hinzugewonnen werden. Die Nutzung des Modells auch im Ausland wird unserer Ansicht nach grundsätzlich ein profitables Wachstum mit Ausrichtung auf europäische Märkte unterstützen. Der Erfolg des Talanx-Bancassurance-Modells beruht bei den bisherigen Konzerngesellschaften im Wesentlichen auf drei Kernfaktoren: zum Ersten werden mit dem Partner langfristige exklusive Kooperationsverträge – mit Laufzeiten von bis zu 30 Jahren – geschlossen. Dabei werden die Versicherungsprodukte über die Vertriebskanäle des Kooperationspartners verkauft; zum Zweiten auf der höchstmöglichen Integration bei exzellenter Produkt- und Servicequalität: Die Zusammenarbeit erfolgt im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Partners. Die

Versicherungsunternehmen entwickeln exklusive und maßgeschneiderte Produkte für die Kundensegmente der Bank und sind dabei vollständig in den jeweiligen Marktauftritt eingegliedert. Die Integration in die IT-Systeme der Partner erleichtert zudem die ganzheitliche Beratung beim Verkauf von Bank- und Versicherungsprodukten. Und zum Dritten beruht der Erfolg auf der maßgeschneiderten Vertriebsunterstützung des Partners: Die Vertriebsmitarbeiter der Bank erhalten ein individuelles Training und eine exklusive Betreuung durch Vertriebscoachs der Versicherungsgesellschaften. Dabei werden Produktfachwissen und Verkaufsansätze vermittelt. Zudem stellen die Versicherungsgesellschaften leicht verständliche und unterstützende Verkaufsmaterialien zur Verfügung.

Entwicklung der PB Pensionsfonds AG

Wegen der umfangreichen staatlichen Förderung – im Jahr 2012 waren Beiträge von bis zu 2.640 EUR pro Jahr von der Einkommensteuer und gegebenenfalls auch von Sozialversicherungsbeiträgen befreit – ist die betriebliche Altersversorgung weiterhin erste Wahl für den Aufbau der Altersvorsorge der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland.

Die Kombination von Renditechancen mit gleichzeitiger vollständiger Sicherheit der eingezahlten Beiträge überzeugt weiterhin die Kunden der PB Pensionsfonds AG. Daher ist die PB Pensionsfonds AG mit der Konzern Vorsorge-Rente auch für zukünftige Entwicklungen gut aufgestellt.

Kapitalanlagestrategie KVR

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden zum größten Teil sicherheitsorientiert in Rückdeckungsversicherungen bei der PB Lebensversicherung AG angelegt. Bezüglich des Fondsanteils, mit dem die Marktchancen ausgenutzt werden, hat der Vorstand die Kapitalanlagestrategie aufgrund der Erfahrungen in den Börsenjahren 2008 und 2009 optimiert. Ein flexibles, indikatorgesteuertes Benchmark-Modell erlaubt eine Antizipation möglicher Börsenschwankungen, sodass die risikoorientierte Kapitalanlage durch frühzeitiges Umschichten an den jeweiligen Marktverlauf angepasst werden kann. Dies führt für die Zukunft zu einer Reduktion der Volatilität ohne Verzicht auf Ertragschancen und damit zu einem echten Zusatznutzen für die Kunden der PB Pensionsfonds AG.

Partnerspezifische Betreuung der Mitarbeiter der Deutschen Post DHL und der Deutschen Postbank AG

In 2012 ist die sukzessive Ausflächung der erfolgreichen Systemberatung in den Hauptvertriebsbereichen „Niederlassung Brief“, „Post Töchter“, „Postbank-Standorte“ und „Postbank-Filialvertrieb“ durchgeführt worden. Als flankierende Maßnahmen waren für den

Bereich „Postbank-Filialvertrieb“ die VL-Öffnung und für einzelne Post-Töchter die Vereinbarung eines Arbeitgeber-Zuschusses vorgesehen. Im größten Bereich „Niederlassungen Brief“ wurden durch einen neuen Tarifabschluss bis zu 1.500 bisher befristet Beschäftigte und 1.000 Auszubildende übernommen, die im Rahmen einer Regelberatung über ihre Ansprüche für eine betriebliche Altersvorsorge informiert wurden. Für die Teilbereiche, in denen bereits in 2011 erfolgreich die Systemberatung implementiert wurde, ist in 2012 ein turnusgemäßer Service- und Nachbetreuungskonzept durchgeführt worden, um das Dienstleistungsangebot umfassend abzurunden.

Für 2013 soll die 2012 begonnene, sukzessive Ausflächung der erfolgreichen Systemberatung in den Hauptvertriebsbereichen „Niederlassung Brief“, „Post Töchter“, „Postbank-Standorte“ und „Postbank-Filialvertrieb“ fortgesetzt werden. Als flankierende Maßnahmen sind für den Bereich „Postbank-Filialvertrieb“ die VL-Öffnung und für einzelne Post-Töchter die Vereinbarung eines Arbeitgeber-Zuschusses in Abstimmung. Für die Teilbereiche, in denen bereits in 2012 erfolgreich die Systemberatung implementiert wurde, ist ein turnusgemäßes Service- und Nachbetreuungskonzept vorgesehen, um das Dienstleistungsangebot umfassend abzurunden.

Übernahme von Versorgungszusagen

Große Chancen bieten sich bei der Übernahme von Versorgungszusagen. Der Pensionsfonds ist der einzige Durchführungsweg der betrieblichen Altersversorgung, der dem Arbeitgeber eine Übertragung von in der Vergangenheit gegebenen Versorgungszusagen mittels lohnsteuer- und sozialabgabenfreien Einmalbeitrags ermöglicht. Dabei werden Leistungen der Altersrente, der Erwerbsminderungsrente und der Hinterbliebenenrente zugesagt und durch den Pensionsfonds abgesichert.

Die Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) führte bei den deutschen Unternehmen zu einer Neubewertung der Pensionsverpflichtungen und macht damit den tatsächlichen Wert einer Pensionszusage sichtbar. Da der Pensionsfonds bei der Übernahme von Pensionsverpflichtungen eine realistische Bewertung der Verpflichtung als Grundlage für die Preisfindung ansetzt, war bisher der Einmalbeitrag für die Übertragung deutlich höher als die im Unternehmen bilanzierte Pensionsrückstellung. Das Wachsen der Pensionsrückstellung durch das BilMoG bringt somit in der Beratung große Vorteile.

Durch die Auflage des neuen nichtversicherungsförmigen Pensionsplans gelang der Gesellschaft im Dezember des Jahres der erfolgreiche Einstieg in dieses lukrative Geschäftsfeld. Erstmals wird nun ein Produkt der Gesellschaft über alle Vertriebswege des Konzerns TD

angeboten. Wir erwarten daraus positive Effekte für die weitere Entwicklung der Gesellschaft.

Durch die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb des Talanx Geschäftsbereichs Privat- und Firmenversicherung Deutschland steht der PB Pensionsfonds AG nun auch das ausgeprägte bAV-Know-How der Talanx Pensionsmanagement AG (vormals: HDI-Gerling Pensionsmanagement AG) für die Beratung in diesem anspruchsvollen Geschäftsfeld verstärkt zur Verfügung.

Ausblick der PB Pensionsfonds AG

Im Geschäftsjahr 2013 bleiben die Ziele hochgesteckt: Im Sinne einer wertorientierten Steuerung wird die PB Pensionsfonds AG ihre Ausrichtung auf die Erhöhung des Bestandswerts durch weitere Verbesserung der Kostensituation und des Ergebnisses im Kapitalanlagebereich fortführen. Auf dieser Grundlage werden Chancen gesehen, Marktvorteile zu erlangen und die Position der PB Pensionsfonds AG als Spezialanbieter für betriebliche Altersversorgung im Wettbewerb weiter zu stärken. Insgesamt sehen wir uns für die Zukunft sehr gut aufgestellt und erwarten auch für die Jahre 2013 und 2014 wieder positive Geschäftsergebnisse.

Hilden, den 22. Februar 2013

Der Vorstand:

Silke Fuchs

Fabian von Löbbecke

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2012 (Anlage 1 zum Lagebericht)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrenten		
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Summe der Jahresrenten ²⁾ TEUR
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	9.595	11.483	51	68	242
II. Zugang während des Geschäftsjahres					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	588	542	17	19	23
2. sonstiger Zugang ¹⁾	0	0	0	1	2
3. gesamter Zugang	588	542	17	20	25
III. Abgang während des Geschäftsjahres					
1. Tod	7	6	1	0	0
2. Beginn der Altersrente	18	18	0	0	0
3. Invalidität	0	1	0	0	0
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	0	0	0	0	0
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	32	35	0	0	0
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	0	0	0	0	0
7. sonstiger Abgang	0	2	1	0	0
8. gesamter Abgang	57	62	2	0	0
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	10.126	11.963	66	88	267
davon:					
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	367	260	0	0	0
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	603	792	6	16	51
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	280	299	0	0	0
4. beitragsfreie Anwartschaften	2.220	2.927	0	0	0
5. in Rückdeckung gegeben ³⁾	10.115	11.961	66	88	259
6. in Rückversicherung gegeben	0	0	0	0	0
7. lebenslange Altersrente	10.126	11.963	46	63	259
8. Auszahlungsplan mit Restverrentung ⁴⁾	0	0	20	25	0

1) Zum Beispiel Reaktivierung, Wiederinkraftsetzung sowie Erhöhung der Rente.

2) Einzusetzen ist hier der Betrag der im Folgejahr planmäßig zu zahlenden Renten bzw. – bei Auszahlungsplänen – Raten (entsprechend der Deckungsrückstellung).

3) Hier sind Eintragungen vorzunehmen, sofern zur Deckung der Verpflichtungen gegenüber den Versorgungsberechtigten Verträge bei Lebensversicherern abgeschlossen wurden.

4) Hat die Phase der Restverrentung bereits begonnen, so ist die Eintragung in der Zeile „Lebenslange Altersrente“ vorzunehmen.

Hinterbliebenenrenten					
Witwen	Witwer	Waisen	Summe der Jahresrenten ²⁾		
			Witwen	Witwer	Waisen
Anzahl	Anzahl	Anzahl	TEUR	TEUR	TEUR
7	5	0	3	2	0
5	3	0	1	1	0
0	0	0	1	0	0
5	3	0	3	1	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
12	8	0	5	3	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
12	8	0	5	3	0
0	0	0	0	0	0
12	8	0	5	3	0
0	0	0	0	0	0

Betriebene Arten von Pensionsplänen (Anlage 2 zum Lagebericht)

Die PB Pensionsfonds AG bietet den Mitarbeitern der Postbank und der Deutschen Post, den Geschäfts- und Firmenkunden der Postbank sowie externen Kunden folgende Vorsorgemodelle an:

Beitragszusagen mit Mindestleistung

Die Beitragszusagen mit Mindestleistungen werden im Jahresabschluss stets auf Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmer ausgewiesen.

Leistungszusage

Bei den Leistungszusagen sagt der Pensionsfonds die Höhe der Leistung fest zu. Der Bilanzansatz erfolgt hier auf eigene Rechnung. Dieser Risikoklasse werden auch laufende Renten aus Beitragszusagen mit Mindestleistung zugeordnet.

Der Bilanzansatz erfolgt hier auf eigene Rechnung.

Dieser Risikoklasse werden auch laufende Renten aus Beitragszusagen mit Mindestleistung zugeordnet. Nach dem Rentenübergang sind diese Zusagen auch Leistungszusagen.

Zusagen nichtversicherungsförmiger Pensionsplan PF 112

Dieser Pensionsplan wurde im Dezember 2012 eingeführt. Der Ansatz erfolgt auf Rechnung und Risiko von Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Jahresabschluss

26 Bilanz

28 Gewinn- und Verlustrechnung

30 Anhang

30 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

32 Angaben zur Bilanz – Aktiva

34 Angaben zur Bilanz – Passiva

36 Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

38 Sonstige Angaben

Jahresabschluss.

Bilanz zum 31.12.2012

Aktiva	31.12.2012	31.12.2011	31.12.2011
TEUR			
A. Kapitalanlagen			
Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.288		787
2. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	7.435		6.357
– davon bei verbundenen Unternehmen: 7.435 (6.357) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
3. Sonstige Ausleihungen	4.000		4.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	815		418
		14.538	11.561
B. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern		172.596	138.769
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	82		3
– davon an verbundenen Unternehmen: 0 (0) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
II. Forderungen an Lebensversicherungsunternehmen	0		1.354
– davon an verbundenen Unternehmen: 0 (1.354) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
III. Sonstige Forderungen	25		117
– davon an verbundenen Unternehmen: 0 (0) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
		107	1.474
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	0		3
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	2.838		1.714
III. Andere Vermögensgegenstände	24		22
		2.862	1.739
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
Abgegrenzte Zinsen und Mieten		189	97
Summe der Aktiva		190.292	153.640

Ich bestätige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passiva	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
TEUR			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	8.000		8.000
Nicht eingefordertes Kapital	-5.963		-5.963
Eingefordertes Kapital		2.038	2.038
II. Kapitalrücklage		2.200	2.200
III. Gewinnrücklagen			
Gesetzliche Rücklage		800	800
		5.038	5.038
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge	6		7
II. Deckungsrückstellung	7.637		6.540
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	555		310
		8.198	6.857
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
Deckungsrückstellung		172.596	138.769
D. Andere Rückstellungen			
Sonstige Rückstellungen		119	102
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	743		44
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 390 (18) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
II. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen	2.517		447
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 2.517 (447) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
III. Sonstige Verbindlichkeiten	674		1.831
– davon aus Steuern: 0 (0) TEUR			
– davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 1 (0) TEUR			
– davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 673 (1.586) TEUR			
– davon gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 0 (0) TEUR			
		3.934	2.322
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		407	553
Summe der Passiva		190.292	153.640

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten B. II. und C. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der aufgrund des § 116 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012

	2012	2012	2011
TEUR			
I. Pensionsfondstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Beiträge	28.892		25.282
b) Veränderung der Beitragsüberträge	0		0
		28.892	25.282
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung		105	0
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.745		1.366
– davon: aus verbundenen Unternehmen 1.393 (1.122) TEUR			
b) Erträge aus Zuschreibungen	234		446
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	226		0
		2.205	1.812
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		6.716	2.184
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge für eigene Rechnung		147	67
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle für eigene Rechnung			
Zahlungen für Versorgungsfälle		-636	-772
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Netto-Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		-34.923	-23.603
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung		-350	-60
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	-754		-597
b) Verwaltungsaufwendungen	-853		-832
		-1.607	-1.428
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-41		-35
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-5		-7
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1		-16
		-47	-58
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen		-129	-3.348
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung		-2	-6
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung		370	70

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

	2012	2012	2011
TEUR			
Pensionsfondstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung - Übertrag		370	70
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge	196		175
2. Sonstige Aufwendungen	-95		-136
		101	39
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		471	109
4. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		-471	-109
5. Jahresüberschuss		0	0

Anmerkung: Aufwandsposten sind zusätzlich mit einem Minuszeichen vor dem entsprechenden Betrag gekennzeichnet.

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in Verbindung mit der Verordnung über die Rechnungslegung von Pensionsfonds aufgestellt.

Aktiva

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zu Anschaffungskosten oder den darunter liegenden Marktwerten bewertet. Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB i.V.m. § 253 Abs. 3 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Die Ermittlung des beizulegenden Wertes erfolgt dabei für Aktien und Aktienfonds mittels eines Ertragswertverfahrens je Aktie auf Basis der von unabhängigen Analysten geschätzten jährlichen Gewinnerwartungen oder der darüber liegenden Marktwerte. Dabei werden bei Bedarf zusätzliche pauschale Abschläge vorgenommen. Für Renten und Rentenfonds erfolgt die Ermittlung auf Basis eines Nominalwertverfahrens, das auf dem Ansatz des bei Endfälligkeit zu erwartenden Nominalwertes beruht, sofern keine bonitätsbedingten Anpassungen vorzunehmen sind. Für gemischte Fonds erfolgt die Ermittlung separat für die einzelnen Bestandteile wie Aktien und Renten nach den oben genannten Verfahren.

Namenschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen, Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschulden, übrige Ausleihungen sowie Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine werden gem. § 341c HGB zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Dabei werden die Kapitalanlagen bei Erwerb mit dem Kaufkurs angesetzt und der Unterschiedsbetrag zum Rückzahlungsbetrag unter Anwendung der Effektivzinsmethode über die Restlaufzeit amortisiert.

Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen werden zum Zeitwert bilanziert oder zum sicheren Liquidationswert bewertet, der dem Zeitwert entspricht.

Im Rahmen des Wertaufholungsgebots gemäß § 253 Abs. 5 HGB werden auf Vermögensgegenstände, die in früheren Jahren abgeschrieben wurden, Zuschreibungen bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungswerte oder auf einen niedrigeren Verkehrs- oder Börsenwert vorgenommen, wenn die Gründe für die dauerhafte Wertminderung entfallen sind und eine Werterholung eingetreten ist. Die Zuschreibungen werden erfolgswirksam vereinnahmt. Kapitalanlagen auf Rechnung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern werden mit dem Zeitwert bilanziert.

Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird, soweit es sich um langlebige Wirtschaftsgüter handelt, mit den Anschaffungswerten abzüglich der Abschreibungen in Höhe der steuerlich zulässigen Sätze bilanziert.

Alle übrigen Aktivposten werden mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Passiva

Die Beitragsüberträge für das Pensionsfondsgeschäft werden für jeden Pensionsfondsvertrag einzeln gerechnet und unter Berücksichtigung des Beginnmonats und der Zahlweise auf den Bilanztermin abgegrenzt. Die steuerlichen Bestimmungen werden beachtet.

Der Ansatz in der Bilanz entspricht - sofern versicherungsförmige Garantien übernommen wurden - mindestens den Werten, die der Rückdeckungsversicherer der PB Pensionsfonds AG für den einzelnen Vertrag gemeldet hat. Durch Kontrollrechnungen wurde überprüft, ob die der PB Pensionsfonds AG gemeldete Deckungsrückstellung ausreichend ist, um die von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen abzudecken.

Um der fortwährenden Verbesserung der Sterblichkeit ausreichend Rechnung zu tragen, wurden für die Kontrollrechnungen die aktuellen Sterbewahrscheinlichkeiten DAV 2004 R Bestand und DAV 2004 R B20 verwendet. Der verwendete Rechnungszins ist der jeweils bei Vertragsabschluss verwendete Satz. Dadurch wurden teilweise höhere Reserven gestellt, als die vom Rückdeckungsversicherer gemeldeten Werte.

Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Alle Rückdeckungsversicherungen für die Entgeltumwandlungsverträge und das Vermögen, das für den Pensionsplan DPWN verwaltet wird, sind für Rechnung und Risiko für Arbeitnehmer und Arbeitgeber angelegt. Für die übernommenen Direktzusagen werden Rückdeckungsversicherungen für eigene Rechnung abgeschlossen.

Zusätzlich bestimmt sich der Wert der Deckungsrückstellung aus dem Wert des Vermögens, das für den Pensionsplan DPWN verwaltet wird. Dieses Vermögen ist mit dem Zeitwert bewertet.

Für den Pensionsplan PF 112 bestimmt sich der Wert der Deckungsrückstellung nach dem Wert des für diesen Pensionsplan verwalteten Vermögens. Dieses Vermögen setzt sich zusammen aus Anlagen in Spezialfonds, Rückdeckungsversicherungen sowie Cash-Positionen. Alle Aktivwerte sind mit dem Zeitwert bewertet.

Die übrigen Rückstellungen werden nach dem Grundsatz vorsichtiger kaufmännischer Bewertung mit ihrem voraussichtlichen Erfüllungsbetrag angesetzt und soweit die erwarteten Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem von der Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst.

Latente Steuern berechnen sich aus den unterschiedlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen und Schulden in Handels- und Steuerbilanz. Zum 31.12.2012 wurden latente Steuern aufgrund der steuerlichen Organschaft nur auf Ebene der Organträgerin PB Versicherung AG gebildet.

Alle übrigen Passivposten werden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Hinweis:

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Abschlusses, werden die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung und der Anhang in Tausend Euro aufgestellt. Die einzelnen Posten, Zwischen- und Endsummen werden kaufmännisch gerundet. Die Addition der Einzelwerte kann daher von den Zwischen- und Endsummen um Rundungsdifferenzen abweichen.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

Zu A. Kapitalanlagen

Entwicklung des Aktivpostens A. im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge
TEUR				
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	787	1.603	0	-105
2. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	6.357	382	786	-210
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.000	500	0	0
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	2.000	0	0	-500
4. Einlagen bei Kreditinstituten	418	397	0	0
Summe	11.561	2.882	786	-815

Entwicklung der im Aktivposten B. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2012

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge
TEUR				
Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	31.156	9.623	0	0
2. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	106.335	21.725	-786	-230
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.278	544	0	0
Summe	138.769	31.891	-786	-230

Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte Geschäftsjahr
8	-5	2.288
120	0	7.435
0	0	2.500
0	0	1.500
0	0	815
128	-5	14.538

Nicht realisierte Gewinne	Nicht realisierte Verluste	Bilanzwerte Geschäftsjahr
0	0	40.778
3.081	-129	129.996
0	0	1.821
3.081	-129	172.596

Kapitalanlagen

	Buchwerte	Zeitwerte	Saldo
TEUR			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.288	2.361	73
2. Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen	7.435	7.435	0
3. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	2.500	2.852	352
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	1.500	1.591	91
4. Einlagen bei Kreditinstituten	815	815	0
Summe	14.538	15.054	516

Es bestehen keine zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen deren Zeitwerte unter den Buchwerten liegen.

Zu D.I. Sachanlage und Vorräte

Im Geschäftsjahr 2012 wurde die Betriebs- und Geschäftsausstattung vollständig zu Buchwerten innerhalb des Konzerns verkauft.

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

Zu A. Eigenkapital

Zu A.I. Gezeichnetes Kapital

Das als „Gezeichnetes Kapital“ ausgewiesene Grundkapital in Höhe von 8.000 TEUR ist eingeteilt in 8.000 auf den Namen lautende Stückaktien à 1.000 EUR und ist zu 25,47 % eingezahlt.

Zu B.III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung (RfB)

	2012	2011
TEUR		
Bestand zum 1.1.	310	250
Zuführungen im Geschäftsjahr	350	60
Entnahmen im Geschäftsjahr	105	0
Bestand 31.12.	555	310

Zusammensetzung der RfB

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
Von der Rückstellung für Beitragsrückerstattung entfallen auf:		
bereits festgelegt, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	121	124
ungebundener Teil der RfB	434	186
Summe	555	310

Zu C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – Deckungsrückstellung

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
Pensionsplan		
DPWN	162.709	132.899
Zukunftsvorsorge Rente	6.794	5.870
nicht versicherungsförmiger Pensionsplan	3.093	0
Summe	172.596	138.769

Alle Rückdeckungsversicherungen für anwartschaftliche Entgeltumwandlungsverträge und das Vermögen, das für den Pensionsplan DPWN verwaltet wird, sind für Rechnung und Risiko für Arbeitnehmer und Arbeitgeber angelegt. Für die übernommenen Direktzusagen und laufenden Renten aus Entgeltumwandlungsverträgen werden Rückdeckungsversicherungen für eigene Rechnung abgeschlossen.

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
Deckungsrückstellung gem. § 17 Abs. 2 RechPensV		
Pensionspläne Geschäftskunden/Firmenkunden und TARGO Lebensversicherung AG		
Prospektive Deckungsrückstellung	4.975	4.454
Pensionsplan DPWN		
Prospektive Deckungsrückstellung für die Mindestleistung	117.273	97.448
Prospektive Deckungsrückstellung für Zusatzversorgungen	3.445	3.017
Benötigte Deckungsrückstellung Pensionsplan DPWN	120.718	100.465
Benötigte Deckungsrückstellung PB Pensionsfonds AG	125.693	104.919

Zu D. Andere Rückstellungen – Sonstige Rückstellungen

	31.12.2012	31.12.2011
TEUR		
Ausstehende Rechnungen für Lieferungen und Leistungen	68	10
Rückstellung für Tantiemen	9	7
Aufsichtsratsvergütung	10	11
Kosten des Jahresabschlusses	33	33
Übrige Rückstellungen	0	41
Summe	119	102

Zu E. Andere Verbindlichkeiten

	31.12.2012	31.12.2011
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber		
1. Arbeitgebern	338	26
2. Vermittlern	404	18
	743	44
II. Verbindlichkeiten gegenüber Lebensversicherungsunternehmen	2.517	447
III. Sonstige Verbindlichkeiten	674	1.831
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 1 (0) TEUR		
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen 673 (1.586) TEUR		
Summe	3.934	2.322

In diesem Posten sind keine Verbindlichkeiten gemäß § 285 Nr. 1 a HGB mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren enthalten.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zu I. Pensionsfondstechnische Rechnung

Zu I.a) Gebuchte Beiträge

	2012	2011
TEUR		
laufende Beiträge	25.181	24.427
Einmalbeiträge	3.711	855
aus Verträgen		
ohne Gewinnbeteiligung	3.319	0
mit Gewinnbeteiligung	25.573	25.582
beitragsbezogene Pensionspläne	25.181	24.427
leistungsbezogene Pensionspläne	3.711	855
Summe	28.892	25.282

Zu I.3. Erträge aus Kapitalanlagen

	2012	2011
TEUR		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	1.745	1.366
– davon aus verbundenen Unternehmen: 1.393 (1.122) TEUR		
b) Erträge aus Zuschreibungen	234	446
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	226	0
Summe	2.205	1.812

Die Erträge aus anderen Kapitalanlagen setzen sich zusammen aus:

	2012	2011
TEUR		
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern		
- Einlagen bei Kreditinstituten	3	1
- Erträge aus Investmentanteilen	75	53
- Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen, die vom Pensionsfonds zur Deckung von Verpflichtungen gegenüber Versorgungsberechtigten eingegangen werden	1.367	1.122
	1.445	1.176
Erträge aus sonstigen Kapitalanlagen		
- Erträge aus Investmentanteilen	3	3
- Erträge aus Namensschuldverschreibungen	135	75
- Erträge aus Schuldscheindarlehen	136	97
- Einlagen bei Kreditinstituten	0	15
- Verträge bei Lebensversicherungsunternehmen, die vom Pensionsfonds zur Deckung von Verpflichtungen gegenüber Versorgungsberechtigten eingegangen werden	26	0
	300	190
Summe	1.745	1.366

Die Erträge aus Zuschreibungen betreffen in Höhe von 234 (446) TEUR Verträge mit Lebensversicherungsunternehmen (PB Lebensversicherung AG) und beinhalten die Leistungen aus der Rückdeckungsversicherung.

Zu I.9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb für eigene Rechnung

	2012	2011
TEUR		
a) Abschlussaufwendungen	754	597
b) Verwaltungsaufwendungen	853	831
Summe	1.607	1.428

Die Abschlussaufwendungen betreffen mit 535 TEUR Provisionen und mit 219 TEUR mittelbare Abschlussaufwendungen.

Zu I.10. Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2012	2011
TEUR		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für Kapitalanlagen	41	35
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	5	7
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1	16
Summe	47	58

Davon entfallen auf das Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 1 (16) TEUR.

Zu II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung

Zu II.1. Sonstige Erträge

Dieser Posten beinhaltet Erträge aus erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 5 (5) TEUR, Zinsen und ähnliche Erträge in Höhe von 1 (14) TEUR sowie Erträge aus der Verwaltung von Verträgen von Rückdeckungsversicherungen in Höhe von 190 (157) TEUR.

Zu II.2. Sonstige Aufwendungen

Dieser Posten beinhaltet Aufwendungen für das Unternehmen als Ganzes in Höhe von 94 (108) TEUR.

Sonstige Angaben

Beteiligungen an unserer Gesellschaft

Die PB Versicherung AG, Hilden, hat uns mitgeteilt, dass ihr unmittelbar eine Mehrheitsbeteiligung an der PB Pensionsfonds AG, Hilden, (Mitteilung gemäß § 20 Abs. 4 AktG) sowie gleichzeitig unmittelbar mehr als der vierte Teil der Aktien an der PB Pensionsfonds AG, Hilden, (Mitteilungen gemäß § 20 Abs. 1 und 3 AktG) gehört.

Konzernabschluss

Die Gesellschaft ist Konzerngesellschaft des HDI Haftpflichtverband der Deutschen Industrie Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Hannover, sowie der Talanx AG, Hannover. Der HDI (Mutterunternehmen des HDI-Konzerns) stellt nach § 341 i HGB einen Konzernabschluss auf, in den die Gesellschaft einbezogen wird. Für die Talanx AG als Mutterunternehmen des Talanx-Konzerns ergibt sich daneben die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses aus § 290 HGB, welcher auf der Grundlage von § 315 a Absatz 1 HGB gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt wird. Die Konzernabschlüsse werden im Bundesanzeiger bekannt gegeben.

Wichtige Verträge

Mit der Talanx Deutschland AG als herrschender Gesellschaft besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2012	2011
TEUR		
1. Provisionen der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	535	345
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0	0
3. Löhne und Gehälter	0	0
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0	0
5. Aufwendungen für Altersversorgung	0	0
Summe	535	345

Mitarbeiter

Unsere Gesellschaft beschäftigte im Berichtsjahr keine eigenen Mitarbeiter.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind auf den Seiten 4 und 5 aufgeführt.

Organbezüge

Die Bezüge für die Vorstandsmitglieder der PB Pensionsfonds AG betragen im Geschäftsjahr 18 (9) TEUR. Im Geschäftsjahr wurden von der PB Pensionsfonds AG keine Kredite oder Vorschüsse an die Vorstandsmitglieder gewährt.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhielten eine Vergütung in Höhe von 11 (11) TEUR.

Das Unternehmen hat keine im Ruhestand befindlichen Vorstandsmitglieder.

Hilden, den 22. Februar 2013

Der Vorstand:

Silke Fuchs

Fabian von Löbbecke

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der PB Pensionsfonds AG, Hilden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der PB Pensionsfonds AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Köln, den 26. Februar 2013

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Rainer Husch
Wirtschaftsprüfer

Alexander Kulms
Wirtschaftsprüfer

Überschussbeteiligung.

Für das Geschäftsjahr 2013 sind die in der nachstehenden Tabelle aufgeführten Überschussanteilsätze festgesetzt worden. Sofern Überschussanteilsätze verändert wurden, stehen die Vorjahreswerte in Klammern hinter den aktuellen Werten.

1. Verträge für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern

Die Überschussanteile teilen wir monatlich, erstmal ab Beginn des zweiten Jahres der Zusage, zusammen mit dem verbuchten Beitrag zu. Die laufenden Überschussanteile werden entsprechend den getroffenen Vereinbarungen zur Erhöhung des Altersvorsorgeguthaben verwendet.

Berechtigte Pensionspläne	Überschussatz	Bemessungsgröße
Versorgungszusagen nach dem ...		
... Pensionsplan DPWN		
... Leistungsspektrum 1	0,0 %	Gezahlter Beitrag
... Leistungsspektrum 2	0,6 %	Gezahlter Beitrag
... Pensionsplan GK/FK	0,0 %	Gezahlter Beitrag
... Pensionsplan TAL	0,0 %	Gezahlter Beitrag

2. Verträge für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds

Werden auf das Leben des Anspruchsberechtigten Rückdeckungsversicherungen abgeschlossen, steht die gesamte Wertentwicklung der Rückdeckungsversicherung, sofern sie nicht zur Absicherung der zugesagten Leistung benötigt wird, auf dem Wege der Direktgutschrift dem Anspruchsberechtigten zu.

Im Versorgungsvertrag können folgende Sonderregelungen für die Verwendung der Überschüsse getroffen werden:

- Auffüllung der Deckungsrückstellung aufgrund einer aktuariell erforderlichen Änderung der Rechnungsgrundlagen
- Zahlung der Beiträge an den Pensionsversicherungsverein a. G.
- Ausschüttung an den Arbeitgeber

Bericht des Aufsichtsrats.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand der PB Pensionsfonds AG auf der Basis ausführlicher schriftlicher und mündlicher Berichte des Vorstands regelmäßig überwacht. Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand in zwei ordentlichen Sitzungen sowie durch regelmäßige Vorlage von Unterlagen über die Lage und die strategische Ausrichtung der Gesellschaft, den Geschäftsverlauf sowie das Risikomanagement unterrichten lassen. Die einzelnen Themen hat er intensiv hinterfragt, diskutiert und hierzu – soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich – nach eingehender Prüfung und Beratung ein Votum abgegeben.

Schwerpunkte der Beratungen im Plenum

Der Personalausschuss des Aufsichtsrats hat Beschlussempfehlungen an das Aufsichtsratsplenum zu Vorstandsangelegenheiten sowie zur Vergütung der Mitglieder des Vorstands ausgesprochen. Mit Blick auf § 87 Abs. 1 AktG in der Fassung des Gesetzes zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung wurden hierbei sowie im Gesamtaufichtsrat auch horizontale und vertikale Vergütungsaspekte und -konzepte als Vergleich und zur Orientierung herangezogen.

Der Abschlussbericht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über die örtliche Prüfung der Gesellschaft enthält keine wesentlichen Feststellungen; die einzelnen Anmerkungen werden sukzessive und planmäßig umgesetzt. Der Aufsichtsrat wurde umfassend über den Ablauf der Prüfung und die Ergebnisse informiert.

Im Rahmen der Aufsichtsratssitzung am 22. Oktober 2012 wurde der Aufsichtsrat umfänglich über die Einführung des nicht-versicherungsförmigen Pensionsfonds als zweites Geschäftsfeld der Gesellschaft informiert.

Aufgrund der wirtschaftlichen Situation der Gesellschaft und der laufenden Berichterstattung waren im Geschäftsjahr 2012 keine Prüfungsmaßnahmen nach § 111 Abs. 2 AktG erforderlich.

In den Quartalsberichten gemäß § 90 AktG wurden unter anderem die Entwicklung der Beitragseinnahmen, des eingelösten Neugeschäfts, des Bestands und der Kosten sowie die Themen Kapitalanlage, Personalentwicklung, Risikolage und Marketing/Vertrieb dargestellt und erläutert. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus vom Vorstand laufend über wichtige Entwicklungen, anstehende Entscheidungen und die Risikolage im Unternehmen unterrichtet.

Die Geschäftsordnung für den Vorstand sieht vor, dass der Gesamtvorstand auch über die Erstellung und jährliche Überprüfung der Geschäfts- und Risikostrategie entscheidet. Ferner wurde der Aufsichtsrat in den Sitzungen über den aktuellen Stand zum Risikomanagement sowie zur Risikostrategie informiert, er hat sich von der Leistungsfähigkeit des Risikomanagementsystems überzeugt und die Risikostrategien für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 im Rahmen der Sitzungen erörtert. Damit wird auch den aufsichtsbehördlichen Mindestanforderungen an das Risikomanagement im Rahmen einer guten und verantwortungsbewussten Unternehmensführung und -überwachung entsprochen.

Der Aufsichtsrat konnte feststellen, dass der Vorstand seine operativen Schwerpunkte zutreffend gesetzt und geeignete Maßnahmen ergriffen hat. Insgesamt hat der Aufsichtsrat im Rahmen seiner gesetzlichen und satzungsgemäßen Zuständigkeiten an den Entscheidungen des Vorstands mitgewirkt und sich von der Rechtmäßigkeit, Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Unternehmensführung überzeugt.

Jahresabschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Gesellschaft sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. Der vom Vorstand vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 sowie der Lagebericht sind unter Einbeziehung der Buchführung von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden.

Die Bestellung der Abschlussprüfer erfolgte durch den Aufsichtsrat; der Aufsichtsratsvorsitzende erteilte den konkreten Prüfungsauftrag.

Die Prüfung hat keinen Anlass zu Beanstandungen gegeben; in dem erteilten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk wird erklärt, dass die Buchführung und der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln, und dass der Lagebericht im Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Die Abschlussunterlagen und der Prüfungsbericht der KPMG wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet.

Der Abschlussprüfer war bei der Bilanzaufsichtsratsitzung anwesend, hat über die Durchführung der Prüfung berichtet und stand dem Aufsichtsrat für ergänzende Auskünfte zur Verfügung. Nach dem abschließenden Ergebnis der vom Aufsichtsrat selbst vorgenommenen Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts hat er sich dem Urteil der Abschlussprüfer angeschlossen und den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Bilanzaufsichtsratsitzung am 27. Februar 2013 gebilligt. Damit ist der Jahresabschluss festgestellt. Dem Lagebericht und insbesondere den dort getroffenen Aussagen zur weiteren Unternehmensentwicklung stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat ferner den Bericht des Verantwortlichen Aktuars über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts 2012 zur versicherungsmathematischen Bestätigung sowie den Bericht der Internen Revision für das Geschäftsjahr 2012 und den Compliance-Bericht 2012 jeweils nach Aussprache ohne Beanstandung entgegengenommen.

Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat

Mit Wirkung zum 1. Januar 2012 hat Herr Fabian von Löbbecke die Nachfolge von Herrn Clemens Vatter als Mitglied des Vorstands der Gesellschaft angetreten.

Am 5. Januar 2013 verstarb Herr Reinhard W. Haas, Mitglied des Aufsichtsrats seit 20. November 2007, in Folge einer Erkrankung. Der Aufsichtsrat und Vorstand der Gesellschaft hat den Angehörigen sein Beileid und tiefste Anteilnahme ausgesprochen.

Dank an Vorstand und Mitarbeiter

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands und allen für die PB Pensionsfonds AG tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Talanx Deutschland Bancassurance Kundenservice GmbH für ihren Einsatz und die im Geschäftsjahr 2012 erfolgreich geleistete Arbeit.

Hilden, 27. Februar 2013

Für den Aufsichtsrat

Stephan Spital
Vorsitzender

Impressum

PB Pensionsfonds AG

Proactiv-Platz 1

40721 Hilden

Telefon +49 2103 34-5100

Telefax +49 2103 34-5109

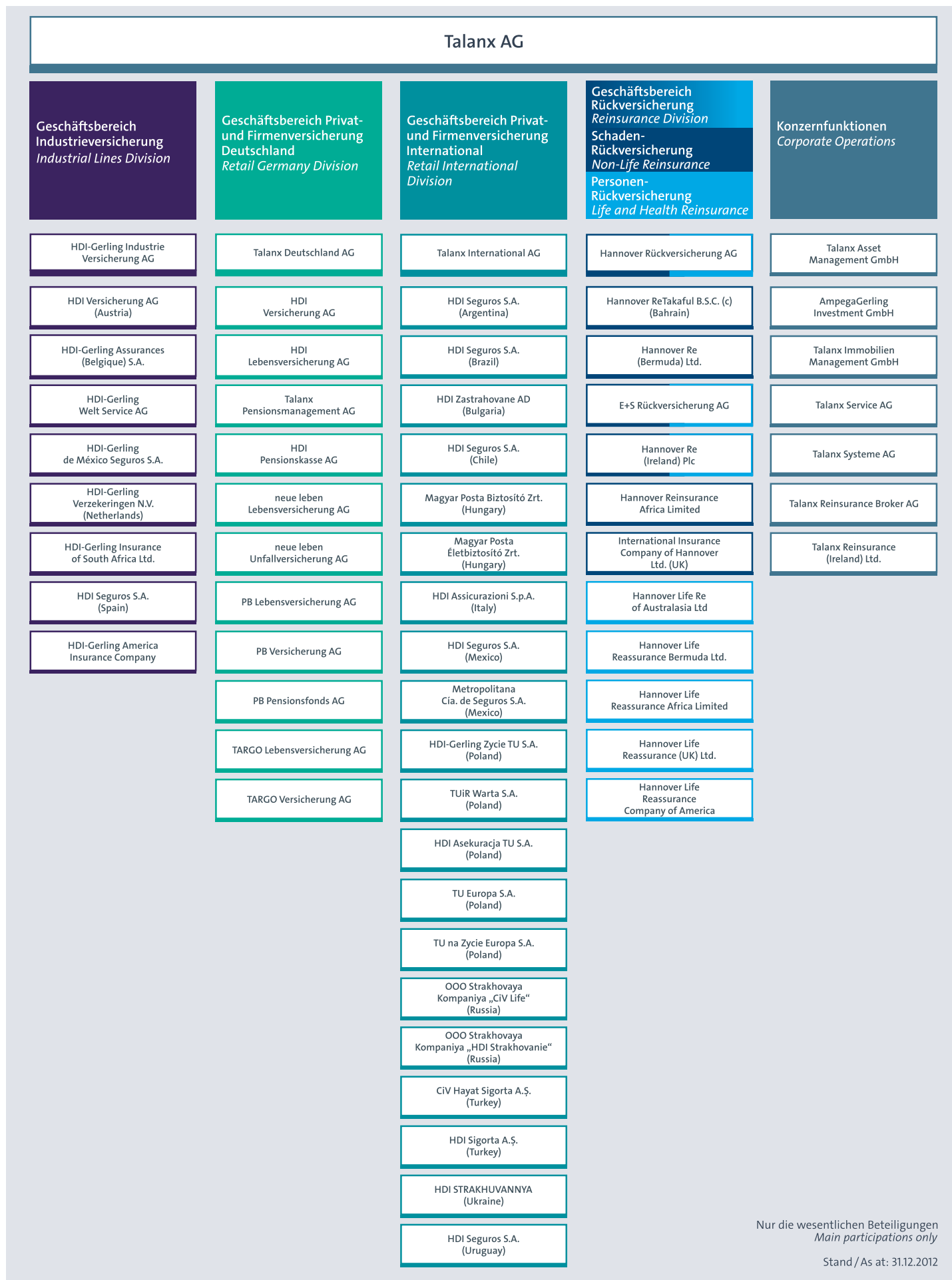
www.pb-versicherung.de

Ansprechpartner für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon +49 511 3747-2022

Telefax +49 511 3747-2025

pr@talanx.com



PB Pensionsfonds AG
Proactiv-Platz 1
40721 Hilden
Telefon +49 2103 34-5100
Telefax +49 2103 34-5109
www.pb-versicherung.de
www.talanx.com

talanx.